

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der wertfälligen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Einlieferung durch die Postträger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die lebensspaltene Bestelle oder deren Raum 70 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtsige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 252.

Dienstag, den 28. Oktober 1919.

26. Jahrg.

Das Kapital und die Arbeiter.

Von Ed. Bernstein.

Es gibt kaum etwas Schädlicheres als Halbwahrheiten. Sie führen fast mit Notwendigkeit zu falschen Schlussfolgerungen und auf Grund ihrer zu verfehlten Maßnahmen.

Leute glauben eine große marxistische Wahrheit auszusprechen, wenn sie das Kapital als den „Todfeind der Arbeiterklasse“ hinstellen. Es ist aber Marx niemals eingefallen, einen solchen Satz nieberzuschreiben. Er hat die gegensätzlichen Interessen von Kapitalisten und Arbeiter, die ausbeuterischen Tendenzen des Kapitals mit großer Schärfe gekennzeichnet, aber vergebens wird man in seinen Schriften nach einem detartigen Ausspruch suchen. Und nicht etwa, daß Marx nur es nicht der Mühe für wert gehalten hätte, in dieser Weise den gekennzeichneten Gegensatz zusammenzufassen. Sondern weil eine solche Bemerkung im Widerspruch stünde mit den grundlegenden Gedanken seiner Lehren von der geschichtlichen Rolle des Kapitals.

Auf fast allen Gebieten der Geisteswissenschaften macht man die gleiche Erfahrung. Was im großen Publikum ihren bahnbrechenden Vertretern als deren epochenmachende Leistung nachgesagt wird, sind gewöhnlich Feststellungen, die jene schon als Ergebnisse von Forschungen ihrer Vorgänger vorfinden, nicht aber die von ihnen gefundenen und die betreffenden Feststellungen oft wesentlich modifizierenden neuen Wahrheiten. In bezug auf Marx und dessen Mehrwertlehre hat Friedrich Engels dies im Vorwort zu Band II des „Kapital“ gekennzeichnet. „Die Existenz des Produktivwertes, den wir jetzt Mehrwert nennen“, schreibt er da, „war festgestellt lange vor Marx; ebenso war mit größerer oder geringerer Klarheit ausgesprochen, woraus er besteht, nämlich aus dem Produkt der Arbeit, für welche der An-eigener kein Äquivalent (entsprechender Gegenwert) bezahlt hat.“ Soweit seien die Vorgänger gekommen. Bis dann Marx auftrat, und zwar, schreibt Engels, „in direktem Gegensatz zu seinen Vorgängern“. Wo nämlich diese schon die wissenschaftliche Lösung gefunden zu haben glaubten, erkannte Marx, daß hier ein erst noch zu lösendes wissenschaftliches Problem vorlag. Der Lösung dieses Problems und der Entwicklung ihrer Konsequenzen widmete er die Arbeit eines ganzen Lebens, und von den Ergebnissen dieser Arbeit weiß das große Publikum so gut wie gar nichts. Soweit es überhaupt von Karl Marx etwas gehört hat, glaubt es schon viel zu wissen, wenn es sagt: „Aha, der Mann, der den Mehrwert entdeckt hat.“ Genau, wie es beim Namen Kant sagt: „Aha, der Mann, der die Geschichte mit dem Ding an sich entdeckt hat.“ Welche Geschichte aber tatsächlich schon vor mehr als zweitausend Jahren entdeckt worden ist.

Beim großen Publikum mag es nun hingehen. Man kann so wenig von jedem verlangen, daß er den Marx studiert hat, wie man von jedem verlangen kann, daß er sich durch Kants Kritik der reinen Vernunft hindurchgearbeitet hat. Anders steht es mit denjenigen Leuten, die sich als Marxisten ausgeben, vor Arbeitern mit Marx'schen Schlagworten um sich werfen, aber von dem, was Marx wirklich für die soziale Erkenntnis geleistet hat, ihnen auch nicht mehr sagen, als daß der Arbeiter vom Kapital ausgebeutet wird, und daran Mißanwendungen knüpfen, welche den Glauben erwecken, daß die Erledigung des Kapitals nur vom Willen und der Macht abhängen und in jedem Zeitpunkt von Vorteil für die Arbeiterklasse wäre. Entweder sind sie über das Wesen der Marx'schen Lehre selbst im Unklaren und machen sich dann eine Rolle als Belehrer des Volkes an, die ihnen nicht zukommt oder aber sie kennen diese Lehre genauer, und dann erzählen sie dem Arbeiter wider besseres Wissen verderbliche Unwahrheiten. Auch von ihnen gilt das Wort Lissagarays, daß sie handeln wie der Geograph, der dem Seefahrer falsche Karten auf den Weg gibt.

Das Bedenkliche der Lehre von Marx ist, daß dieser nicht nur schärfer, als irgendeiner seiner Vorgänger, die Entstehung, die Art und die Wirkungen der Mehrwertaneignung durch das Kapital bloßgelegt, sondern daß er zugleich gezeigt hat, welche großen Aufgaben das Kapital für die gesellschaftliche Entwicklung im Allgemeinen und für die Entwicklung der Arbeiterklasse im Besonderen erfüllt. Es ist keine Uebertreibung, zu sagen, daß Marx zwar die ausbeuterischen Tendenzen des Kapitals, wo sie sich nur zeigten, schonungslos gebrandmarkt hat, daß er aber gerade es ist, der dargelegt hat, wie sehr der Fortschritt der Arbeiterklasse, die Schaffung der Vorbedingung ihrer Befreiung, doch wieder an die Entwicklung des Kapitals gebunden ist.

Zwei Sätze aus seinem Werk „Das Kapital“ mögen das beleuchten.

Im ersten Band lesen wir im Kapitel über den Arbeits-tag: „Das Kapital hat die Mehrarbeit nicht erfinden. Überall, wo ein Teil der Gesellschaft das Monopol der Produktionsmittel besitzt, muß der Arbeiter, frei oder unfrei, der zu seiner Selbsterhaltung notwendigen Arbeitszeit überflüssige Arbeitszeit aufessen, um die Lebensmittel für

den Eigner der Produktionsmittel zu gewinnen.“ (Bd. 1, Kap. 8, zweiter Abschnitt).

In der Tat finden wir die Mehrarbeit, d. h. die Ausbeutung, auf allen Stufen der geschichtlichen Entwicklung, den Zustand des sogenannten Urkommunismus angenommen, der aber nirgends vor der wachsenden Dichtigkeit der Bevölkerung sich hält. Nun tritt der Drang nach Ausbeutung von Mehrarbeit nicht überall gleich heftig und gekämpft auf. Er ist verhältnismäßig mild, wo lediglich für den Gebrauch produziert wird, während er, wo für den Tausch produziert wird, die Tendenz hat, in Heißhunger auszuarten. Aber auch in dieser letzteren Hinsicht ist das Kapital, soviel Scheußlichkeiten es namentlich in den Zeiten verübt hat, wo ihm keine Arbeiterbewegung und keine Arbeiterklasse entgegenstand, nicht schlimmer ausgefallen als zum Beispiel die Sklaverei im Altertum, denjenigen Sklaven gegenüber, die für die Tauschwerte produzierten, Feudalherren dem ihnen hörigen Landvolk gegenüber usw. Marx zeigt das in schlagenden Beispielen.

Aber er zeigt noch mehr. Während den Arbeitsklaven der antiken Welt kein Hoffnungstrahl leuchtete, der Leibeigene der Feudalzeit keine Milderung des Loses seiner Klasse vor sich sah, lesen wir im dritten Band des „Kapital“:

„Mehrarbeit überhaupt, als Arbeit über das Maß der gegebenen Bedürfnisse sie war, muß immer bleiben. Es ist eine (eine, also nicht die einzige) der zivilisatorischen Wirkungen des Kapitals, daß es diese Mehrarbeit erzwingt in einer Weise und unter Bedingungen, die der Entwicklung der Produktionskräfte, der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Schöpfung der Elemente für eine höhere Neubildung vorteilhafter sind, als unter den früheren Formen der Sklaverei, Leibeigenschaft usw. Denn die Mehrarbeit kann, je nach der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, groß sein bei kleinem Gesamtarbeitsstag und relativ klein bei großem Gesamtarbeitsstag.“ (3. Band, 2. Teil 48. Kapitel.)

In diesen Sätzen ist klar angezeigt, wie widerfönnig es ist und aller wissenschaftlichen Erkenntnis unserer großen sozialistischen Vorläufer ins Gesicht schlägt, wenn man vom Kapital als einer Sache spricht, deren Entwicklung für die Arbeiterklasse bedeutungslos sei, und daß es daher für diese gleichgültig sein könne, wie ihr Verhalten in Forderungen und Aktion auf jenes zurückwirke. Tatsächlich gibt es da immer eine Grenze, jenseits deren alles, was das Kapital trifft, auch die Arbeiterklasse nicht unberührt läßt. Was der Entwicklung des Kapitals ernsthaft Abbruch tut, fällt auch auf die Arbeiterklasse schädigend zurück, hält auch ihren Fortschritt auf. Darüber soll man sich gar keinem Zweifel hingeben.

Nun ist freilich diese Gefahr oft übertrieben worden. In den Abschnitten über die Fabrikgesetzgebung gibt Marx eine große Anzahl Beispiele dafür, daß Maßnahmen, die vor ihrer Einführung von Fabrikanten als tödlich für ihre Industrie bezeichnet wurden, dieser nicht nur nicht geschadet, sondern sich bald als ihr sehr vorteilhaft erwiesen haben, indem sie Verbesserungen nötig machten, die ihrem Fortschritt außerordentlich zugute kamen. Nichts kann unsreiner ferner liegen, als sich zum Anwalt des interessierten Vorurteils oder Schlen-drians von Kapitalisten zu machen. Dem Geschrei gegenüber, daß diese oder jene Arbeiterforderung, diese oder jene Sozialreform, diese oder jene Finanzmaßnahme die Volkswirtschaft lebensunfähig machen werde, werden wir stets unsere kritische Ader behalten.

Aber daß eine Gefahr übertrieben werden kann, bedeutet noch nicht, daß sie überhaupt nicht besteht. Es gibt da immer Grenzen, jenseits deren sie real zu werden beginnt, manchmal sehr real wird. Als der Krieg die meisten von uns nötigte, ihre Ernährung einzuschränken, da fand gar mancher, daß er in Friedenszeiten eigentlich zuviel gegessen habe und bei der verringerten Kost ganz gut oder sogar besser als vorher bestesse, und in einer Reihe von Fällen traf das auch zu. Nicht aber überall. Bei vielen zeigte sich aber nach einiger Zeit, daß ihr Organismus an Widerstandskraft erheblich eingebüßt hatte und die geringste Störung, die sie sonst leicht überstanden hatten, wurde ihnen jetzt verderblich. So kann es auch auf anderen Gebieten gehen. Die Widerstandsfähigkeit einer Volkswirtschaft hat ihre Grenzen, über die man nicht ungefragt hinweggeht.

Und lasse man sich nicht durch das Schlagwort Sozialisierung in trügerische Sicherheit wiegen. Die Sozialisierung ist ein Uranium, das einem geschwächten Körper sofort die Weichheit wiedergibt, und sie ist auch nicht überall anwendbar. Die zu Beginn der Revolution vom Rat der Volksbeauftragten eingesetzte Sozialisierungskommission, die in ihrer Mehrheit aus Sachverständigen der Volkswirtschaft bestand, welche entweder Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie sind oder ihr näher stehen als die Mehrheitssozialisten, hat das in ihrem Bericht rüchaltlos anerkannt. Wo aber nicht sozialisiert werden kann, ist das Kapital noch unentbehrlich. Was soll man daher dazu sagen, wenn jetzt Redner und Blätter der Unabhängigen Sozial-

demokratie — nicht in konkreten Fällen, wo sich natürlich darüber reden ließe — ins Blaue hinein darüber deklamieren, daß die Regierung der Republik überhaupt „das Kapital schürt?“ Wären die Unabhängigen am Ruder, so müßten sie es in dem Maße wie es heute geschieht, grundsätzlich auch tun. Und sie würden es zu tun suchen, denn die Sachkundigen unter ihren Führern wissen sehr gut, daß das Kapital opfern beim heutigen Stand der deutschen Volkswirtschaft und der Weltlage Deutschlands nichts anderes hieße als über die deutsche Arbeiterklasse in größtem Maße Not und Elend heraufbeschwören und ihre Entwicklung auf lange hinaus schwer beeinträchtigen.

Deutsche Nationalversammlung.

Wirtschaft, Horatio!

Die Frage um das tägliche Brot des deutschen Volkes ist sicherlich in der jetzigen Stunde die wichtigste von allen. In schlechtestem Verhältnis dazu stand die geringe Zahl von Abgeordneten, die bei der Beratung des Wirtschaftsetats anwesend waren, wo doch der Wirtschaftsminister heute für unsere ganze Lebensmittelwirtschaft zuständig ist. Diese Erscheinung darf nicht Wunder nehmen. Vollzieht sich doch die eigentliche Arbeit des Parlaments immer mehr in den Ausschüssen. Die Plenarsitzungen sind ausschließlich politisches Tribunal. Mit dem täglichen Brot treibt man nicht Politik, und so war die Beratung des Wirtschaftsetats sachlich — und flau. Das Exposé des Reichswirtschaftsministers Genosse Schmidt zeigte, wie einschneidend die Maßnahmen des Staates sind, der aus Steuergeldern bei einzelnen Lebensmitteln eine Preisentlastung auf ein Drittel des Weltmarktpreises herbeiführt. Das einst unbestrittene Dogma des Weltmarktpreises als einzig entscheidende Instanz für die Preisbildung ist durchbrochen, der Staat korrigiert den Weltmarktpreis im Interesse der wirtschaftlich schwachen Kontinente. Das ist eine Neuerung, die der Krieg gebracht hat. Allerdings auch vor dem Kriege gab es Hintertüren, um den Weltmarktpreis auszuweichen; man führte Steuern ein, wenn der Weltmarktpreis — zu billig war. Den Schaden hatten meist die Arbeiter, da es sich in diesen Fällen fast immer um Agrar-güter handelte. Genosse Hoch trat für die Zwangswirtschaft ein, so weit sie nötig ist, uns vor weiteren Erschütterungen des Wirtschaftslebens zu bewahren, die unbedingt eintreten müssen, wenn die notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel neuerlich im Preise wesentlich steigen.

109. Sitzung, Montag, den 27. Oktober 1919.

Am Regierungstisch: Schmidt.

Im Hause sind 15 Abgeordnete anwesend.

Reichswirtschaftsministerium.

Reichswirtschaftsminister Schmidt: Es wäre falsch, die Lage allzu düster zu schildern. Der Bevölkerung wird jetzt ein besseres Brot geboten und der Landwirtschaft ein vermehrter Ackerzueh. Die Einfuhr an amerikanischem Mehl und Getreide ist erheblich, große Mengen von Schweinefleisch und Speck sind eingeführt worden, ebenso gefrorenes Fleisch und Konerven. Dadurch konnten wir unsere heimische Viehzüchtung an Vieh honen. Die Ergebnisse der letzten Viehzählung unterstützen den Einwand der Landwirtschaft, die erklärt, daß sie nicht mehr liefern könne. Seit dem vorigen Jahre haben sich die Rindviehbestände um 5,5 Prozent vermindert, gegenüber der Friedenszählung sogar um 12,4 Prozent. Die Zahl der Milchkuhe ist um 15,8 Prozent zurückgegangen. Noch schlimmer sieht es mit den Schweinen aus. Den geforderten energischen Zwangsmaßnahmen gegenüber habe ich auf dem Gebiete der Viehhaltung sehr große Bedenken. Wir müssen unsere Viehbestände schonen und veruchen, möglichst durch Einfuhr von ausländischem Fleisch Ersatz zu finden. Die Schweinehaltung muß begünstigt werden. Die gegenwärtige Lage der Kartoffelbewirtschaftung ist dieselbe wie im Vorjahre, teilweise wird sie sogar für schlechter gehalten. Die größte Sorge bereitet der Mangel an Verkehrsmitteln. Wir haben zurzeit nur eine Wagenstellung von 50 Prozent für den Kartoffelverkehr. Ich kann nichts tun, wenn die Wagenstellung nicht größer wird. (Hört, hört!) Durch Einfuhr aus Holland, Dänemark und Polen haben wir die Lage in den Grenzgebieten zu sichern. Die Kartoffeln aus Polen, durch die hauptsächlich Sachfen, Berlin und einige andere Großstädte versorgt werden sollen, kosten 16 Mk. Die Versorgung mit Speisefett sah eine zeitlang recht günstig aus. Hier liegt ein sehr dringendes Bedürfnis der Bevölkerung vor, auf dessen Befriedigung ich großen Wert lege. Die Einfuhr von Delfaaten hängt von der Zahlungsfähigkeit ab. Die Kohlenlieferung für die Margarinefabriken soll wieder erhöht werden, sobald die Produktion auf 150 Gramm pro Kopf und Woche gehalten werden kann. Die Lebensmittelpreise sind in den letzten Monaten alle wieder in die Höhe gegangen. Bis zu einer gewissen Grenze können wir gegen diese Preisbewegung nichts unternehmen. Auf das Ausland haben wir in der Preisbestimmung überhaupt keinen Einfluß. Wir sind nur demütigt, dem wilden Wettbewerb auf dem Auslandsmarkt durch zentralen Einkauf von Lebensmitteln zu begegnen. Bei der Preisentlastung im Inlande handelt es sich um ungeheure Summen. Die zur Verfügung gestellten 1½ Milliarden sind da schnell aufgebraucht worden. Der Speck z. B. kostete damals 14 Mk., heute 20 Mk. Die Preisentlastung ist auf 6,80 Mk. durchgeführt worden. Das Speisefett kostete 11 Mk., heute 19 Mk., die Entlastung ist auf 6 Mk. durchgeführt. Ausländisches Fleisch kostet 15 Mk., durch die Preisentlastung 7,50 Mk. Bisher sind außerdem an Zuschüssen für die Zucht von Rindvieh und Schweinen von Brotgetreide usw. 322 Millionen an Aufwendungen worden. Ferner sind jetzt zur Entlastung der Brotpreise laufend 58 Millionen notwendig. Eine solche Preisentlastung, besonders an inländischen Produkten, hat sowohl Frank-

...als auch England vorgenommen. Die Lage auf dem Weltmarkt ist nicht günstig. Lebensmittel sind zu haben, nur unsere Zahlungsfähigkeit ist beschränkt. Der Gesamtbedarf der bisher von uns eingeführten Lebensmittel beläuft sich auf 765 134 Tonnen im Werte von 2 Milliarden 158 Millionen. Unsere Ernährung ist gegen früher erheblich besser geworden. Mit Getreide, Fleisch, Gemüse und Früchten sind wir auf lange Zeit hinaus versorgt. Die Versorgung mit Petroleum wird in geordneter Förmigkeit geleistet werden. Die Einfuhr im ersten Halbjahr 1919 beträgt ein Plus von 100 Millionen. Wir müssen aber für sie einen Betrag zahlen, der wesentlich größer ist als der Friedenspreis der Gesamteinfuhr. Die Einfuhr erreicht etwa ein Sechstel der Friedensquote. Hier nähert sich die Weltkurve ziemlich stark dem Friedenspreis. Die Klagen, daß zu billig nach dem Ausland verkauft wird, treten immer mehr und mehr in die Erscheinung. Es muß erwogen werden, ob nicht einzelne Industrien dazu übergehen sollten, ihre Produktionsstätten einzuführen. Die Steuern für unangemessene Freistreibereien und für Schenkungen sollen erhöht werden. Es ist auf die Dauer unhaltbar, daß wir die Zölle nicht in Gold einheben können. In der Braun- und Kohlenproduktion haben wir nahezu die Friedensleistung erreicht. Für die Entwicklung unserer Industrie sind die Aussichten durchaus nicht trübe. Es muß aber jeder Versuch, die Bergwerksbetriebe lahmzulegen, unbedingt verhindert werden. Gegen jeden Streik politischer Natur wird die Regierung einschreiten. Unsere Kohlenförderung wird sicherlich steigen. Wir werden genötigt sein, in den kommenden Jahren neue Kohlengebiete zu erschließen. Aber wir werden in keinem absehbaren Zeitraum zu einer Förderung von 300 bis 350 Millionen Tonnen jährlich kommen, wie man in Frankreich annimmt. Wird uns die Kohle nicht in dem Maße belassen, wie es für die Entwicklung der Industrie erforderlich ist, so wird unsere Leistung Frankreich gegenüber in Frage gestellt, das Uebel wird für beide Teile schlimmer. Wer da glaubt, daß die Lasten des Krieges nur einem Volke auf die Schultern gelegt werden können, wird bald seinen Irrtum erkennen müssen.

Hg. Hoch (S.D.): Wir schließen uns der Mahnung des Ministers an, daß die Entente den Regen nicht überhagen lassen möge. Wir wenden uns aber auch mahnend an die Kreise, die die Ausbeutung des gesamten Volkes durch einen kleinen Kreis einflussreicher Leute wieder herstellen wollen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Aufhebung der Einschränkungen des Wirtschaftens schwere Mißstände mit sich bringt. Schon bisher ist eine Preissteigerung eingetreten, die, wenn es so weitergeht, uns zum vollständigen Zusammenbruch führt und die allergrößten Unruhen zur Folge haben muß. (Sehr richtig! links.) Die Lohnforderungen der Arbeiter sind nur die notwendige Folge der Preissteigerungen. Wenn wir jetzt die Zwangswirtschaft aufheben, so bekommen wir eine solche Erschütterung des Wirtschaftslebens, daß die Welt weiter steht, und dann haben wir dasselbe Spiel von neuem. Keiner von uns sieht in der Zwangswirtschaft das Ideal, aber wir können sie auf den wichtigsten Gebieten des Wirtschaftslebens nicht entbehren. Die Aufrechterhaltung einer unmöglichen Zwangswirtschaft führt allerdings zu einer unerträglichen Korruption, wo sie aber zur Erhaltung unseres Volkes notwendig ist, muß sie durchgeführt werden. Im übrigen sollen wir Erleichterungen aller Art schaffen. Darum begrüße ich die Ankündigung des Ministers, daß er die Einfuhr von Rohstoffen für die Industrie im allgemeinen freizugeben gedenkt. Die Herstellung von Luxusartikeln muß natürlich mit allen Mitteln verhindert werden. Der Zug unbeschränkter Selbstsucht ging schon vor der Revolution durch unsere Zeit, er ist durch den Zusammenbruch noch stärker geworden. Der einzige Ausweg ist der Sozialismus, alle Kräfte müssen in den Dienst der Gesamtheit gestellt werden. Es ist unerträglich, daß irgend eine Arbeitergruppe den Streik anwendet, nur weil sie die Machtmittel in der Hand hat. Das ist ein Verbrechen gegen die Gesamtheit. (Lebhafter Beifall.) Die Eisenbahn gehört zu den wichtigsten Verkehrsmitteln, sondern dem ganzen Volk. Die wilden Streiks der Arbeiter haben jenen Kräfte geholt, die die Bayern planmäßig bearbeitet haben, die Lebensmittel zurückhalten. In dieser Agitation haben sich leider auch Herren beteiligt, die ihre Unmoralität nicht kennen mußten. Dem Kaiser und Schiebeweiser muß die Regierung mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Dabei müssen wir auch die arbeitenden Kreise der Bevölkerung helfen. (Lebhafter Beifall in den Saal.)

Hg. Brauns (S.): Die Interessen der Landwirtschaft müssen ausgiebiger gewahrt werden als bisher.
Hg. Hermann-Neufinger (Dem.): Das Stillsitzen unserer Welt ist ein Verbrechen gegen die Menschheit der neutralen und Entente-Länder zu nützen. Eine internationale Valutakonferenz ist notwendig.
Hg. Dr. Koebele (N.): Die Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens ist nur möglich, bei einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Daher darf man die Landwirtschaft nicht vernachlässigen.
Das Haus vertagt sich.
Dienstag 1 Uhr: Anfragen, Weiterberatung, Reichswehr.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Ein neues Ultimatum in Sicht.

Der "Setolo" meldet aus Paris: Der Kriegsrat der Alliierten hat einen neuen Beschluß über die Räumung des Balkans durch die deutschen Truppen gefaßt. Dieser Beschluß, der noch der Zustimmung des Großen Rates bedarf, soll in der Form eines Ultimatus die Räumung der besetzten Gebiete innerhalb 21 Tage fordern.

Die Ostseeperrre.

Die Währung der Ostseeperrre erweist sich als eine völlig unzulängliche Erleichterung. Die neuen Maßnahmen der internationalen Marktwirtschaft ermöglichen zwar eine Wiederannäherung des Warenverkehrs in gewissen Grenzen, aber nicht nur die Währung des Warenverkehrs mit den Entente-Ländern wird aufrechterhalten, sondern auch die besonders lästige Einschränkung der deutschen Ostseefahrt ist abgelehnt. Auch sind die bisher festgehaltenen Schiffe nach wie vor in den Händen der Alliierten. Bisher ist nur der Hamburger Dampfer "Anna Reijter", der nach Kowal angedacht worden war, wieder freigegeben worden, so daß er seine Fahrt nach Heligoland fortsetzen konnte.

Unrechtmäßige Verhaftung eines deutschen Kuriers.

Die "P. P. R." erzählt an gütlicher Stelle: Am 18. Juni d. J. war der Reichsdeutsche Hans Lorenzen, Kapitän des Dampfers "Polar", der als Kurier mit den erforderlichen Anweisungen und Fahrplänen von Libau nach Prekult gefahren war, um die Post des Küstenbezirksamtes und des deutschen Konsulats in Libau nach Prekult zu bringen, an dem Bahnhofs Libau durch einen leitenden Kriminalbeamten verhaftet worden. Wie sich später herausstellte, erfolgte die Verhaftung unter Verantwortung des englischen Militärkonsulats vor dem Hauptmann, daß Lorenzen unerlaubtes Geheiß mit sich führte. Lorenzen wurde im Kriegsgefängnis von Libau ungefähr einen Monat als Spion in Haft gehalten und war während dieser Zeit einer unerhörten Behandlung seitens der leitenden Kriminalbeamten ausgesetzt.

Nachdem dem deutschen Vertreter in Libau unter Verhinderung großer Schwierigkeiten die Freilassung Lorenzens am 14. August gelungen war, ist nunmehr festgestellt worden, daß die für die Verhaftung des Lorenzen angegebenen Gründe in keiner Weise zutreffend waren.

Es ist daher jetzt bei der lettischen Regierung wegen des Vorgehens der lettischen Behörden nachdrücklich Protest eingelegt und Entschädigung wegen der unrechtmäßigen Verhaftung, Bestrafung der Beamten, Herausgabe der dem Postkurier abgenommenen Post und Zahlung einer angemessenen Entschädigung verlangt worden.

Beziehung Thorns durch die Polen.

Thorn, 27. Okt. Um 25. Oktober sind polnische Truppen in Thorn eingedrungen. Thorn wird der Sitz der Wojewodschaft, die den Namen "Pomerellen" erhält.

Heimkehr aus Frankreich.

Das internationale Rote Kreuz in Genf teilt mit, daß der Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich zwischen dem 27. Oktober dem 2. Novbr. beginnen wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der 9. November als Nationalfeiertag.
Der sozialdemokratische Verein München hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Parteivorstand aufgefordert wird, Schritte zu unternehmen, damit der 9. November von der Nationalversammlung als Nationalfeiertag erklärt wird.

Vom Untersuchungsansichung.

Wie die "P. P. R." aus parlamentarischen Kreisen erfährt, hat der 2. Untersuchungsausschuß des Untersuchungsausschusses als weiteren Sachverständigen für die verpönten Friedensmöglichkeiten den früheren Gesandten in Bern, Baron Romberg, hinzugezogen.
Bis jetzt steht es noch nicht fest, ob die nächste öffentliche Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses am 31. Oktober im Saal des Herrenhauses stattfinden wird. Die diesbezüglichen Verhandlungen mit der Preussischen Staatsregierung haben bisher noch nicht zu einem endgültigen Ergebnis geführt.

Der Stimmungsumschwung.

In Schmöln (Sachsen-Altenburg) war es den "Unabhängigen" gelungen, durch Ausnutzung der Nahrungsmittelnot und starken Terror viele Anhänger zu werben. Jetzt ist auch dort der Umchwung eingetreten. Nicht weniger als 110 Mitglieder sind in der letzten Woche von den "Unabhängigen" zur Sozialdemokratischen Partei zurückgekehrt.

Reichswehr.

In dem Urteil im Münchener Geleitenmord-Prozess heißt es, daß die Beurteilten durch ihre Schandtat die Ehre der Reichswehr befleckt hätten. Demgegenüber muß, damit kein Mißverständnis entsteht, hervorgehoben werden, daß die Reichswehrruppen sich in München, wie auch im jüngsten Prozeß ausdrücklich festgestellt wurde, tadellos benommen haben. Die bayerische Regierung hatte indessen die Bildung der Reichswehr in Bayern verboten und der Kriegsminister Schneppenhardt ihren Obersten Epa sogar verhaften lassen. Erst nach Ausrufung der Räterepublik würferte man in Bayern Freiwillige maßlos zusammen und diese bayerischen Freiwilligen, eine Maßnahme des Augenblicks ohne jede Siebung und Schulung zur Disziplin, haben dann in München so gehaust, wie wir es jetzt schauernd in der Prozeßverhandlung nacherlebt haben.

Abgeordneter Haase außer Lebensgefahr.

Die "Kölnische Zeitung" weiß zu melden: Professor Kottar hatte zur Amputation des verletzten Beines des Abgeordneten Haases, die Montag stattfand, Professor Körte hinzugezogen. Die Operation ist gut gelungen. Das Bein wurde in der Mitte des Oberschenkels abgenommen. Die hohe Temperatur des Patienten ist im Abnehmen begriffen und falls keine Komplikationen eintreten, darf Haase als außer Gefahr behend gelten. Die vor einigen Tagen von Professor Bier entnommene Blutprobe hat, wie jetzt festgestellt, keine Bakterien enthalten.

Der Ausnahmezustand verhängt.

Nach einer Meldung aus Kassel verhängte der Reichspräsident mit Wirkung vom 27. Oktober, 12 Uhr mittags, auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung in den Bezirken Kreis Schleusing, Landkreis Ohrdruf, Stadt Jella und Kreis des Ausnahmezustand. Grund hierfür sind Wasserdiebstähle, Gewalttätigkeiten und andere ungesetzliche Handlungen. Truppen sind an Ort und Stelle eingetroffen.

Wojtschell verhaftet.

Der sog. Direktor einer nicht existierenden Mozgan-Filiale in Berlin, Wojtschell, ist auf Veranlassung des Reichswehrgruppenkommandos verhaftet worden. Er war der Gewährsmann für die "Erschließungen", die der Hg. Dr. Eohn an Stelle Hugo Haases in der Nationalversammlung vorgebracht hatte. Die Vernehmung dürfte sich um eine politische Affäre handeln. Denn wie verlautet, lassen die bei dem Verhafteten vorgefundenen Sachen den Schluß zu, daß er ein Agent der russischen Sowjets war, der durch seine Tätigkeit in Berlin die Autorität der deutschen Reichsregierung in Berlin zu untergraben suchte, um dadurch neue Unruhen zu stiften.

Neues Verbot der "Deutschen Zeitung".

Die alldeutsche "Deutsche Zeitung" ist abermals und zwar wegen eines Artikels verboten worden, der die Erklärungen des Reichspräsidenten Ebert und der Ministerpräsidenten Scheideemann und Hirth gegen die Unterzeichnung des Friedens mit der Bedingung des vollständigen Unterwerfens in Gegensatz stellt und die Frage aufwirft, wie lange sich die deutsche Stenographen ein solches Überhaupt noch gefallen lassen wollen und wie lange deutsche Soldaten einem Reich ohne Gebot und Befehl stehen sollen, der die Unterzeichnung des Friedens als ehrlos und würdelos erklärt und sie dazu noch vorgenommen hat.

Das Verbot läßt zwar die an sich lästige Abhängigkeit erkennen, gegen die regierungsfremde Presse von rechts ebenso scharf vorzugehen wie gegen die von links, doch frägt es sich, ob Zeitungs-

verhate überhaupt das richtige Mittel sind, die Autorität einer Regierung zu stützen. Wir glauben das nicht.

Eine vernichtende Niederlage der Freisinnler in Birkenfeld.

Bei der Wahl zur Landesversammlung in Birkenfeld erhielten am Sonntag die durch Wahlvorslag vereinigten Parteien, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Bauernbund und Mehrheitssozialisten zusammen 13 004 Stimmen. Auf die vereinigten Parteien entfallen somit 28, auf die Regierungsparteien nur 2 Sitze in der Landesvertretung. Die republikanische Regierung erlitt damit eine geradezu vernichtende Niederlage.

Ausführungen Kriegsbeschädigter.

Aus Elberfeld läßt sich das "Hamb. Volksbl." berichten: Nachdem die Kriegsbeschädigten, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, am Sonntag nachmittag die Stilllegung der Straßenbahn erzwungen hatten, hatte Sonntag eine Protestversammlung beschlossen, gegen die von einem verhafteten Polizeiaufgebot wiederhergestellte Ordnung erneut die Stilllegung des Straßen- und Schwebelbahnbetriebes zu erzwingen. Hierbei wurden ihre Führer von der Polizei festgenommen. Ein hartes Polizeiaufgebot schritt zur Säuberung der Straßen, wobei von der Waffe Gebrauch gemacht werden mußte. Eine Anzahl Verhaftungen wurde vorgenommen. Die Montag geführten Verhandlungen zwischen den Kriegsbeschädigten und der Betriebsleitung der Straßenbahn sind ergebnislos verlaufen.

Kleine politische Nachrichten.

Die Nationalversammlung beabsichtigt, vom 30. Oktober bis 18. November die V. Sitzungen auszusetzen. Die in Königsberg nationalisierte deutsche Gesandtschaft bei der lettischen und estnischen Republik ist aufgehoben.
Der Interaktionelle Beamtenausschuß der Nationalversammlung hat eine Entschließung angenommen, die die sofortige Verlegung eines Gesetzes, einheitlich für das ganze Reich, zur Sicherung des Mißbestimmungsrechtes der Beamten fordert.

An Stelle des verstorbenen Geheimen Kommerzienrates Meißner aus Elm ist auf Vorschlag des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände der Direktor der Germania-Werke in Kiel, Regentinbogen, als Mitglied der deutschen Delegation für die internationale Arbeiterkonferenz nach Washington auszuwählen.

Der Baumaterialienhändler Landario aus Oberbayern geht als Regierungskommissar nach Italien, um dort für sechs Millionen Mark Lebensmittel gegen Breiter einzutauschen.

In Amsterdam wird in der ersten Novemberwoche eine Zusammenkunft von Mitgliedern der Hochfinanz aus Holland, Schweden, England und anderen Staaten stattfinden. Die Zusammenkunft dient, nach der "Frankf. Ztg.", dazu, Deutschland entgegenzukommen und die Besserung des Marktes zu fördern.

Der Führer der "Unabhängigen" in Baden, der Gastwirt Selzinger, ist Sonntag in Baden-Baden wegen Schleichhandels verhaftet worden.

In Frankfurt a. M. wurden durch die neu geschaffene Organisation zur Bekämpfung der Schiebung aus dem besetzten Gebiete in wenigen Tagen an Butter, Fett, Schokolade, Tabak usw. Werte von 9 Millionen Mark beschlagnahmt. Schweden, Norwegen und Dänemark erkannten die tschechoslowakische Republik an.

Sechs Straßburger, darunter die Unterhausmitglied Eder und Bensen, entflohen nach einer Neutermeldung aus dem Gefängnis in Mainz.

Oesterreich.

Die Not in Tirol.
Seit Montag, 20. Oktober, gelangten in Innsbruck keine Brot- und Mehlrationen mehr zur Verteilung, sodaß sich die Bevölkerung in großer Notlage befindet.

Rumänien.

Republikanische Bestrebungen.
Eine starke republikanische Stimmung macht sich nenerdings in Bukarest und der Provinz bemerkbar. In Bukarest fand ein Massen-Meeting statt, das sehr stürmisch verlief. Take Sonescu, der bekannte, sehr zweifelhafte Politiker, nannte in der Verlesung den König einen "Affen" und "Lumpen". Nur durch ein starkes Militäraufgebot konnte die Menschen von einem Sturm auf den Königspalast abgehalten werden.

Frankreich.

Die Siegeslähme obenans.
Der Generalsekretär der französischen Sozialdemokratie, Grossart, wurde, als er versuchte, in einer bürgerlichen Wählerversammlung in Paris als Diskussionsredner aufzutreten, zu Boden geschlagen und so zugerichtet, daß er am weiteren Wahlkampf schwerlich noch teilnehmen kann.

In Marseille lehnte der Bürgermeister den Antrag, ein Standbild für Saures zu errichten, mit der Begründung ab, Saures sei während der Marokkokriege als Anwalt Deutschlands aufgetreten. Das einzige Standbild von Saures, das schon errichtet sei, stehe im bolschewistischen Kupland.
In Frankreich regieren nicht die Revolutionäre, sondern die unverschämtesten Siegeslähme.

Gaillaud lehnt eine Kandidatur an.

Wie französische Zeitungen mitteilen, hat Gaillaud die ihm im Departement Sarthe angebotene Kandidatur für die Kammerwahlen ablehnen müssen, nachdem der Staatsgerichtshof seine Anreizsetzung verworfen hat, nicht möglich ist, vor seinen Wählern zu erscheinen.

Schweiz.

Ein Anschlag auf den Bundespräsidenten.
Die "New York Times" meldet aus Bern, daß auf den schweizerischen Bundespräsidenten ein Attentat verübt worden sei, und zwar durch den Vertreter einer Gruppe von Schweizern, die den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund verhindern will. Die Schweizer Presse hat sich bisher über den ihr sichtlich unangenehmen Zwischenfall ausgesprochen.

Vereinigtes Staaten.

Der Bergarbeiterstreik unabwendbar.
Die Bergleute lehnten den Schiedspruch Wilsons, der von den Arbeitgebern angenommen worden war, ab. Der Streik scheint demnach unabwendbar.

Strafkolonie für Anarchisten.

Der "Telegraaf" meldet aus New York: Senator McFeller-Tennesses hat einen Antrag auf Errichtung einer Strafkolonie für Anarchisten auf den Philippinen eingebracht. In India ist eine geheime revolutionäre Propaganda entdeckt worden.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Dienstag, 28. Oktober.

Die Mitwirkung der Frau am Wiederaufbau Deutschlands lautet das Thema, über das am Dienstag, dem 4. November, im großen Saale des Gemeindefesthauses die Genossin Johanna in Reize aus Hamburg, Mitglied der Nationalversammlung, in öffentlicher Versammlung sprach wird. Die Genossinnen werden erlucht, eine recht eifrige Agitation für diese Versammlung zu entfalten. Die Frauen und jungen Mädchen Lübecks müssen am kommenden Dienstag den Saal des Gemeindefesthauses bis auf den letzten Nagel füllen.

Aus der Bürgerschaft.

Nach mehrwöchiger Pause trat die Bürgerschaft am Montag zusammen und erledigte nicht weniger als 26 Senatsvorlagen in einem Zuge. Wenn auch die meisten sozusagen glatt durchgingen, so fehlte es bei andern doch nicht an lebhaften Auseinandersetzungen, die sich bis zu den erregten parlamentarischen Zusammenstößen steigerten. Handelte es sich doch dabei um so eminent wichtige Vorlagen — wie Feuerzuzulagen der Beamten und Wohnungszulagen —, daß eine detaillierte Stellungnahme der einzelnen Fraktionen nicht zu umgehen war. Scharfer Kritik wurde das unerhörte Urteil, das vorigen Freitag von der Lübecker Strafkammer gefällt worden war, gelöst. Es hatte zuerst den Anschein, daß an einer Erledigung aller Vorlagen nicht zu denken war, da der Redner der Deutschnationalen Dr. Wittern sich bis zu den alten Römern verstehen wollte. Selbst der bürbeilige General Wrangel sollte zur Unterstützung des Vorgebrachten herbeigeholt werden. Der Wortführer G. Ehlers hatte aber doch ein Einsehen und hat wiederholt, doch nicht allzu weit in die Ferne zu schweifen. Daß der Sprecher der Demokraten, Heise, den abgefahrenen Redner durch Prägnanz einer Entschuldigungsmaßnahme wieder belehren wollte, sei nur der Kuriosität halber erwähnt. Einiges Gleiche wurde aber bei der Wohnungszulage betreten, die Genosse Adolf Kleinfeld mit aller Schärfe aufdeckte und die Sünden der früheren Bürgerhaushaltsreform auf diesem Gebiete bloßlegte. Auch heute mangle es bei den Besprechungen vielfach an Pflichtgefühl gegenüber Wohnungslosen. Statt Baumaterial an Rings und für Fassadenbau zu verschwenden, sollte man dieses lieber reiflos dem Wohnungsbau zuführen. Die Genossen A. Pils und B. C. trugen ebenfalls wertvolles Material zur Kennzeichnung mangelnden Eigenengagements beim Unterbringen von Wohnungslosen bei. Ersterer machte auf das geringe Entgegenkommen des Demobilisierungskommissars aufmerksam, rügte die verwerflichen Praktiken des Neuen Hauses- und Grundbesitzvereins und der Spekulant in den Vordergrund und betonte weiter, daß Schlupfer Häuserbesitzer Wohngelegenheiten künstlich unterbinden. Genosse B. C. ging auf die Einwände Dr. Witterns ein, der ständige Bedenken der Abvermieter vorgebracht hatte und erwiderte ihm, daß man den Begriff ständiger Schädigungen auch im gegenteiligen Sinne anwenden könne. Damit die Heiterkeit nicht fehlte, gab der Demokrat Rosenquitt als Ablehnungsgrund auch den schlechten Charakter an, den Mieter unter Umständen qualmen und damit den Abvermieter an seiner empfindlichen Nase kitzeln. Daß unsere Genossen dem Mietwucher zu Leibe räten, braucht kaum besonders erwähnt zu werden.

Die Feuerzuzulagen für die Beamten fand die Redner aller drei Fraktionen darin einig, daß keine Befreiung der Beamten unbedingt notwendig ist. Da war ein Wallensteinzeit der Genossen Haut nicht unangebracht. Spät kommt ihr, doch ihr kommt, rief er den Kollegen der anderen Fraktionen zu und bemies an der Hand von Zahlen, wie die Lage der Beamten in Wirklichkeit ist. Die Zulagen betragen auf den Stundenlohn 20 bis 51 Pf., die Gehälter selbst bewegen sich in der Höhe der Zulage von 1.69 bis 2.60 pro Stunde, und erreichen nur bei den arbeitslosen Beamten 3.20 bis 4.16 M. Für sonstige Auszahlung müßte Sorge getragen werden. Der Senat sagte dieses auch zu. Genosse G. Ehlers wies noch die Gefährlichkeit beim Schlaf und erwiderte auf die Klage von Kleinfeld, ein Stundenlohn von 2.87 M. für Beamte sei das notwendige Existenzminimum, daß man nicht umhin könne, diesen Grundlohn auch bei Arbeiterforderungen anzuerkennen.

Zu großer Erregung führte die Rede unseres Genossen Dreger über das harte Urteil gegen die drei freirechtlichen Richter. Scharf pointierte geistliche Dreger das Unbillige des Urteils, das gegen jedes Volksgewissen junge und die Weltfreundlichkeit der Richter launet. Ein Sturm der Entrüstung habe Lübecks Arbeiterhaushalt erfüllt und nur deren gesunden Sinn sei es zu verdanken, wenn Weiterungen unterblieben. Auch die Genossen Haut und Planthofer griffen wirkungsvoll in die Debatte ein. Haut hob gegen die Rechtsfertigungsversuche Dr. Meyer-Lürkens und Dr. Witterns hervor, daß sich hier deutlich das alte System offenbare, gegen das das Recht der Kritik mit allem Nachdruck angewandt werden müsse. Der Mangel des Anzeigenelements im Strafverfahren habe sich hier wieder einmal deutlich gezeigt. Urteile müßten verschärft und nicht aufreißend wirken. Der Demokrat Dr. Meyer-Lürkens ließ sich auf den seitdem bekannten Paragraphen-Standpunkt und klangte auch den Woffboten anzurempeln zu müssen, der in tendenziöser Weise zu dem schwebenden Urteil Stellung genommen habe. Einmühterungsversuche praktizieren aber an dem Richterstand, der, wie auch Dr. Wittern unterstrich, die Grundlage des Staates bilde, ab. Herr Dr. Meyer-Lürkens mag zu unserer Kennzeichnung des Urteils sagen, was er will, wir können nur mit unseren Fraktionsrednern in der Bürgerschaft die Unterstreichen, daß sich hier das alte System deutlich offenbare und daß es unsere heiligste Pflicht ist, mitzumischen, den müßigen Wust vergangener Zeiten zu beseitigen und Rechtsgrundlagen zu schaffen, die der neuen Zeit entsprechen. Wucher und Schieber, die sich am Volkstörper schwerer verführten als die momentan exzessiven Tischlergesellen, sind all die Jahre mit Geldstrafen davon gekommen, die ihnen nicht im geringsten nahe gingen. Und da soll sich die Volksseele nicht aufbäumen?

Die große Zahl der sonstigen Anträge fand mit geringen Debatten Annahme. Unter anderen erwiderte Senator Heise auf Anfrage des Genossen A. Pils, daß die anderweitige Belegung der Wachen Reichsvorschrift sei, aber Hilfskräfte deswegen nicht kostenlos gemacht würden, da sie anderweitig Arbeit zugewiesen werden. Im Laufe der Debatten forderte Genosse Schermer die Anstellung langjährig bewährter Kräfte auch für solche, die keine Prüfung abgelegt haben und Genosse Planthofer stellte einen auch vom Genossen Zimmermann unterstützten Antrag, zu prüfen, ob nicht allen Beamten die Prüfungszulagen gewährt werden können, die Anspruch darauf haben, aber vorläufig nicht in die Stellen aufrücken können. Genosse Reibberger brachte Wünsche Moisinger Einwohner auf Wegverbesserungen vor. Erwidert wurden ferner ein Antrag S. Pils, der Senat möge eine Regelung des Lehrlingswesens für das Fädel- und Konditorgewerbe herbeiführen, von Theils: der Senat möge die Aufhebung der Betriebssteuer für das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe oder eine gründliche Revision dieses Gebietes herbeiführen und von Mohr: um Wegverbesserungen an der Möllner Chaussee nach Behlendorf und bei Siplensdorf.

Die Tribünen waren überfüllt besetzt. Die Besucher haben aber nicht die Ausdauer der Pressevertreter, denen man nach getaner Tagesarbeit auch nach den Abfuhrentag durch endlose Sitzungen verdoppelt.

Eine große Freude haben die alldeutschen Lübeckischen Anzeigen in dieser für die Überalldeutschen besonders hüben Zeit erlebt und strahlend geben sie ihren Lesern davon Kenntnis. Zwar konnte nicht, wie es während des von ihnen in allen Tönen beklungenen Krieges immer verlangt, Deutschland zum Herrscher über alles, was ihnen begehrenswert erschien, gelehrt werden, dafür können sie aber das Wiedererwachen der Volkshymne Deutschland, Deutschland über alles an das in unserer Stadt vieler Orten mit Begeisterung und Wucht bemerkt worden ist. Im Ratshaus und auf der G.-S.-P.-Diets haben die Lübeckischen

Anzeigen für Geduldsgeduld vernommen, also gerade dort, wo man bei gefülltem Gelbbeutel nicht gerade zu hungern und zu dursten pflegt. Es ist klar, daß an solchen Orten, die begreiflicherweise das werktätige Volk meiden muß, sich die alkoholischemännerte Beaufsichtigung jener aufhält, die vor, während und nach dem Kriege „Sedentaten“ vollführten, für die die breiten Massen schwer zu büßen haben. Aufschneidend merkt unter Amtsbütt die unheimliche Komit überhaupt nicht, die darin liegt, wenn die nationalen Gefühle gewisser Deutscher sich im Ratshaus und auf der G.-S.-P.-Diets breit machen.

Protest gegen das Urteil wider die streikenden Tischler. Die Rahlwiese Lübeck des deutschen Holzarbeiter-Verbandes hielt am 27. Oktober eine stark besuchte Vertrauensmänner-Versammlung ab, in welcher unter anderem gegen das überaus harte Urteil wider die streikenden Tischler S. G. und S. Stellung genommen wurde. Die Versammlung machte sich den Standpunkt zu eigen, daß dieses Urteil in keinem Verhältnis zu demjenigen Urteilen steht, die gegen Wucherer, Schieber usw. gefällt wurden. Die Konklusion der Versammlung liehe keineswegs in so weniger, da sämtliche Mitglieder des Verbandes sich dem Streik angeschlossen hätten, bis auf das Mitglied H. Die Versammlung erachtet, daß auf dem schnellsten Wege dieses Klaffenurteil einer Revision unterworfen wird, damit die Ruhe unter der arbeitenden Bevölkerung Lübecks nicht gefährdet wird.

Zur Brotverköpfung. Wie uns mitgeteilt wird, beträgt der Preis für das 1800-Gramm-Mogancinbrot 1.40 M., nicht 1.60 M., wie gestern irrtümlich bekannt gegeben wurde.

Abstimmungsberechnete Personen sind hier bei der letzten Volkszählung 1899 ermittelt worden, darunter 517 Schleswig-Holsteiner, 293 Ostpreußen, 208 Schlesier und 71 Westpreußen. Dessenfür machen sie alle, wenn es soweit ist, von ihrem Stimmrecht Gebrauch.

Ueber kunstgeschichtliche Beziehungen zwischen Schweden und Norddeutschland sprach Montag Abend Herr Professor Dr. C. Wrangel von der Universität in Lund (Schweden) in der Overbeck-Gesellschaft. Der Vortrag, der im großen Saale der Gemeinnützigen Gesellschaft stattfand, hatte eine ziemlich zahlreichere Zuhörerschaft angezogen, wenn auch der Besuch wohl noch stärker hätte sein können. Der Herr Vortragende, ein anerkannter Fachgelehrter, verstand es ganz ausgezeichnet, obwohl er mühsam mit dem deutschen Ausdruck zu kämpfen hatte, die mit dem Wechselbeziehungen zu schildern, die in der Kunst bereits seit dem frühen Mittelalter mit den Nordländern bestanden. In anschaulichen Lichtbildern von noch erhaltenen mittelalterlichen Skulpturen zeigte er, wie norddeutsche Kunst und norddeutsche Kunstwert befruchtete auf die Kunst in Schweden und Dänemark sowie im Baltikum einwirkte haben, wobei Lübeck vielfach als Vermittler mitwirkte. Bis zur Barockzeit lassen sich diese Spuren verfolgen, denn bildete sich zwar allmählich ein eigenartiger Stil heraus, ohne daß jedoch die innigen Beziehungen zwischen Nordland und Norddeutschland jemals eine Unterbrechung erfahren hätten. Der Vortrag fand reichen Beifall.

Geschäftsverbindungen mit dem Auslande. Der Handelskammer sind wiederum aus dem Auslande Mitteilungen und Anfragen, die sich auf die Wiederanknüpfung von Geschäftsbeziehungen mit Deutschland beziehen, zugegangen. Die Handelskammer gibt hiesigen Interessenten anheim, die eingegangenen Schriftstücke in der Kanzlei der Handelskammer in den Geschäftsräumen von 8-3 Uhr einzusehen.

Ausländische Liebesgaben sendungen mit Lebensmitteln und persönlichen Bedarfsgegenständen sind, wie die Handelskammer mitteilt, ohne besondere Einfuhrbewilligung zugelassen. Von dem Charakter der Sendungen als Liebesgaben haben sich die Zollstellen nach pflichtgemäßem Ermessen zu überzeugen. Soweit hierfür Sendungen aus Dänemark in Betracht kommen, können die näheren Bestimmungen in der Kanzlei der Handelskammer eingesehen werden.

Punktelegramme nach den Vereinigten Staaten und Spanien. Die Bestimmungen nach der Punktelegramme nach den Vereinigten Staaten und Spanien durch die Handelskammer aufzuliefern sind, ist aufgehoben. Die Aufgabe von Punktelegrammen kann also, wie bei sonstigen Telegrammen, bei jeder für den Telegraphenverkehr geöffneten Telegraphenstation usw. erfolgen.

Ueber Fortpflanzung und Vererbung sprach am Montag Abend Herr Dr. Burt in der Aula der Ernestinschule. Nach einigen einleitenden Ausführungen besprach der Vortragende die Fortpflanzung, welche das Höchste und Wichtigste sei, was es überhaupt gäbe. Er zeigte, durch zahlreiche Lichtbilder unterstützt, wie sich alles aus kleinsten Zellen, sowohl bei Pflanzen und Tieren aufbaut und zur mächtigen Größe entwickelt. Die Zellenentwicklung stellte dann die Frage nach der Herkunft des Lebens überhaupt. Damit hat die Naturwissenschaft sich seit Jahrhunderten beschäftigt, auch vieles geprüft und geklärt, aber gelöst ist diese Frage nicht. Anzunehmen ist aber, daß alles, auch die kleinsten Lebewesen, im Wasser entstanden sind. Viele Tatsachen sprechen dafür, daß das Meer die Wiege des Lebens gewesen ist. Die vorerwähnten Lichtbilder zeigten nicht nur die verschiedensten primitiven Lebewesen des Meeres, sondern auch solche der Balenik. Ausführlich wurden die polypartigen Gewächse und Gebilde behandelt und deren Fortpflanzungsmöglichkeiten gezeigt. Die Fortpflanzungen, die in diesem ersten Vortrage erläutert wurden, sind alles ungeschlechtliche. Ueber das Wesen der Geschlechter wird Herr Dr. Burt im nächsten Vortrage am kommenden Montag sprechen. Die Vorträge beginnen in Zukunft 6 Uhr 10 Minuten. Vor der Vorlesung liegen am Eingang Bilder, Bücher und sonstiges Belegungsmaterial aus.

Gasttheater. Einen lang entbehrten, seltenen Genuß wird das Galiläer der rühmlichst bekannten Schwestern Gertrud und Julia Fille aus Hamburg bieten, die in ihrem Tanzabend am Freitag, 31. d. ihre neuesten Schöpfungen vorführen werden. Am Klavier Anita Schmidt, Hamburg. Die Kostümentwürfe stammen von Davis H. Boeckmann. Der Vorverkauf ist bereits eröffnet.

Angrenzende Gebiete.

Schwartzau. Gasperre. In der letzten Stadtratssitzung wurde die von Lübeck vorgenommene Gasperre einmündig beschlossen. Gen. Künzler, wie auch mehrere andere Stadtratmitglieder forderten energisches Vorgehen gegen Lübeck. Angenommen wurde ein Antrag, daß Lübeck aufgefordert wird, Schwartzau genau so mit Gas zu versorgen wie sich selbst. Lübeck seinen Vertrag nicht inne, so soll gerichtlich vorgegangen werden.

Hamburg. Der Unverwundliche. „Silie“-Fabrikant Jakob Heil, den das Gericht trotz seines schweren Vergehens am Volkswohl zu der gelindesten Strafe von drei Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe verurteilte, hat gegen dieses Urteil Revision angemeldet. Der biedere Heil glaubt also, daß sich noch Richter finden werden, die ihm gnädiger gesonnen sind.

Hamburg. Wiederum eine Massenvergiftung. In Moorburg erkrankten nach dem Genuß von Wiedersfleisch 63 Personen. Es ist festgestellt worden, daß das Fleisch von einem kranken Tier herrührt, welches nach der Unternehmung Weidmann und Giesbrungen erhalten hat. Trotzdem wurde das Fleisch vom Koharkt für „gut“ befunden. Verschiedene Personen sind ernstlich erkrankt, so daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird.

Hamburg. Zum Mord in der M.G.-Strafe. Wie es scheint, sind die Mörder des Schuhmachers Abdokat bereits in der Nacht zum Sonntag festgenommen worden. Es sind der 31-jährige Schriftsteller und Adressensreiber Hermann Schmahl, geboren zu Köln, und der 23-jährige Arbeiter Wilhelm Saneira. Beide Verhaftete leugnen den Mord und wollen bei ihnen vorgefundene Sachen mittels Nachschlüsselstahl aus dem Keller geholt haben, ohne eine Ahnung gehabt zu haben, daß im Zimmer nebenan ein Ermordeter lag.

Hamburg. Im Damenschneidergewerbe hat der Schlichtungsausschuß folgenden Schiedspruch gefällt: Der Lohn für selbständige Damenschneider und Bügler beträgt 2.70 M., für alle übrigen selbständigen Arbeiterinnen 1.75 M. pro Stunde, für Arbeiterinnen nach zweijähriger Lehrzeit 0.90 bis 1.50 M. die Stunde in den ersten vier Jahren nach beendeter Lehrzeit. Der Schiedspruch wurde von beiden Parteien anerkannt. Nach dreiwöchigem Streik wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Hamburg. Ein gefährlicher Erpresser. In einer Giftmorbaffäre, die sich im Juli in Timmerdorf abspielte, erfolgte Sonnabend durch zwei Hamburger Beamte die Entlassung und Festnahme eines gemeingefährlichen Individuums. Der Festgenommene, ein Schriftsteller namens Baenk, der auch eine kommunistische Wochenchrift herausgibt und bereits mit 15 Jahren Buchhaus vorbestraft ist, verurteilte von Frau K. über 6000 Mark zu erpressen. Zur Vollendung der Erpressung hatte B. die Frau K. an eine einsame Waldstelle in der Nähe von Moorburg bestellt, wo seine Verhaftung nach heftigem Kampfe erfolgte.

Hamburg. Ein starkes Stück. Wie die Kopenhagener National Tidende meldet, ist der Zehnertrakt der Arbeiterlosen in Kopenhagen, Stadt- und Landtrieb, es geworden, der sich an die Entente mit einer Wehrbewegung gegen den Einzug der Moskauer „Gardisten“ gewendet hat. Er erlucht um Entsendung von Ententetruppen, weil die deutschen Truppen angeblich die Arbeiterlosen unterdrücken. Um der Entente die Disaffektion für die Arbeiterlosen schwachhaft zu machen, wird hinzugefügt, durch die Moskauer Truppen werde auch ein „moralischer Wahldruck“ ausgeübt.

Lüneburg. Große Explosion in der Lüneburger Seide. Auf dem Gaswerk Breloh beim Munsterlager sind große Vorräte von Gasgranaten und Munition in Brand geraten und explodiert. Sie stellten demnach an die Entente abgeliefert werden. Durch die Gaschmaden wurde vorübergehend die Räumung mehrerer Dörfer notwendig. Die Explosion wurde sogar in der Stadt Lüneben wahrnehmbar. Die ganze Gegend ist von dicken Gaswolken umgeben. Der Ort Munster ist immer noch gefährdet. Die Kommandantur hat befohlen, daß ohne Gasmaske niemand das Land betreten darf. Die Munier mit Licht verlorende Lüneben der Heberlandzentrale ist zerstört, so daß der Ort in Dunkel gehüllt ist. Nach Mutmaßungen ist die noch ungeklärte Entstehungsurache möglicherweise auf einen verbrecherischen Anschlag zurückzuführen.

Lüneburg. Demonstration gegen die säumigen Getreide-Lieferanten. Im benachbarten Kreise Neuhaus an der Oite kam es zu einem großen Demonstrationstreffen gegen die mit der Ablieferung von Brotgetreide und Kartoffeln säumigen Landwirte. Es nahmen an diesem Tage etwa 600 Leute der versorgungsberechtigten Bevölkerung der Industriorte Vorstadt Hemmoor, Basseb., Oberndorf, Westerbe, Hemm mit Ostern teil. Der Demonstrationzug bewegte sich durch eine ganze Reihe Ortschaften, wobei den Landwirten eindringlich die beschleunigte Ablieferung nahegelegt wurde.

Theater und Musik.

Das vierte vollständige Konzert des Vereins der Musikfreunde brachte eine Anzahl gut ausgewählte Tänze der Märche aus alter und neuer Zeit. Das Programm führte über Gud (dessen von Mottl zusammengeheftete und bearbeitete Ballet-Suite leicht und grandios das Konzert eröffnete), Beethoven (mit sechs Wiener Tänzern bestens vertreten), Mozart (von dem die hier ungemein beliebte, zierliche und geistreiche Ballettmusik zu der Vantomime „Pettit riens“ in der höchst originellen Fassung Schmidt voll wiedergegeben wurde), Schubert (der noch in seinen Es-dur Militärmarsch wienersichere Lebensfreude hineingelegt hat), Lange (einem jungen Komponisten der Gegenwart, der seine zwei am Vortrag gebrachten, neuen, aber nicht gerade originellen Tänze Professor Abendroth, dem früheren Dirigenten unseres Orchesters widmet hat), zu Johann Strauß (Geschichten aus dem Wiener Wald) und Richard Strauß (der einen Militärmarsch zum Programm beileuerte). Für Militärmusik scheint das Publikum, das zur Begeisterung für den preussischen Kommit's seligen Andenken erzoget worden ist, noch immer eine besondere Vorliebe zu haben, denn es verlornte und erhielt den Straußischen Marsch, der allerdings frisch und flott gespielt wurde, doppelt. Das Orchester musizierte unter seinem Leiter v. Höpflin in bester Form. X

Neueste Nachrichten.

Aufhebung eines Spielklubs. Frankfurt a. Main, 28. Oktober. Im Hause Mendelssohn-Straße 50 wurde hier ein Spielklub aufgehoben, der sich unter dem herkömmlichen Namen „Neuer Kaufmännischer Verein“ eingerichtet hatte. Die Unternehmer waren Berliner.

Sozialistischer Sieg bei den Schweizer Nationalratswahlen. Basel, 28. Oktober. Auf Grund der Montag Abend vorliegenden vorläufigen Wahlergebnisse rechnet die „Basler Nationalzeitung“ mit folgender Zusammensetzung des Nationalrates: Freie Partei 50, bisher 100, Katholiken 40 (40), Liberale 10 (10), Bauern 25, Sozialisten 40 (20). Die übrigen 14 Sitze von 189 Nationalratsmitgliedern fallen, wie bisher, den Abgeordneten verschiedener Gruppen zu. Eine absolute Mehrheit besteht also im Nationalrat nicht mehr.

Blutige Wahlkämpfe. Bern, 28. Oktober. Der Wahlkampf in Italien hat mit großer Schärfe eingesetzt. Es ist an verschiedenen Orten schon zu Unruhestörungen gekommen, die zumeist auf das Konto parteilicher und hochschwülziger Elemente zu setzen ist. Sonntag versuchten Gruppen von Unruhigen, die aus einer von 12 000 Personen besuchte sozialistische Versammlung in Mailand kamen, unter Mitnahme von schwarzen Fahnen, Demonstrationen im Innern der Stadt zu veranstalten. Sie wurden durch Militär zerstreut. Einen blutigen Verlauf nahm eine Versammlung, die die Reformsozialisten in Genoa abhielten. Es kam zu Messerstechereien.

Die bulgarische Antwort auf die Friedensbedingungen. Amsterdam, 27. Oktober. Aus Paris wird dröhnend gemeldet: Die bulgarische Antwort auf die Friedensbedingungen des Verbandes erregt Einprotest gegen die Höhe der geforderten Entschädigung und erklärt ferner, daß eine freiwillige Rekrutierung niemals eine genügende Streitrkraft aufbringen würde, um die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten.

Ein amerikanisches Ultimatum an Mexiko. New York, 28. Oktober. Die Regierung der Vereinigten Staaten sandte an Mexiko ein Ultimatum, in dem die sofortige Freilassung des amerikanischen Staatsbürgers William Jennings (Konjunkturalist) verlangt wird, der von Banditen in Puebla entführt wurde. Gleichzeitig wird die mexikanische Regierung aufgefordert, die von den Banditen verlangte Summe von 100 000 Dollars freigelegt zu bezahlen. Der Senator Mieners legte dem amerikanischen Senate einen Antrag vor, in welchem die Vereinigten Staaten erucht werden, sofort alle militärischen Kräfte zu mobilisieren, um die Freilassung Jennings zu erzwingen.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verleger: H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gedruckt in Lübeck.

Verammlung der Lübecker Bürgerchaft.

Beginn: 8.25 Uhr.
Vor Eintritt in die Tagesordnung werden mehrere Eingaben und Schriftstücke zur Kenntnis genommen. Darunter eine Denkschrift des Philosophenvereins über die mißliche Lage der höheren Beamten sowie ein Ersuchen der weiblichen Handels- und Bureauangestellten über Fortbildungspflicht.

1. Antrag: Instandsetzung und Verbesserung des Spielplatzes Svanimshof.
H. Seife (Dem.) wünscht Beschleunigung der Arbeiten, um die Erziehung der Jugend zu fördern. Redner empfiehlt die Schaffung einer Auszeichnung für hervorragende Leistungen im Erziehungssport.

2. Antrag: Bekämpfung der Wohnungsnot.
H. Klein (Soz.) verweist auf die große Mißere in der heutigen Wohnungsnot, die schon vor dem Kriege auffallend gewesen sei und gegen die leider keine Vorbeugungsmaßnahmen getroffen wurden. Die Maßnahmen, der Staat solle selbst bauen, seien nicht beachtet worden. Selbst voriges Jahr habe man noch die Augen verschlossen, ein Antrag der Baubehörde für Errichtung von 52 Behelfswohnungen wurde abgelehnt. Man hat wohl geglaubt, der Krieg würde überhaupt nicht zu Ende gehen. Die Wohnungsnot ist viel größer, als die Denkschrift, die sich auf den statistischen Vierteljahresbericht stützt, angibt. Es wird auch bald an der Zeit sein, mit den ungelunden und elenden Wohnungen aufzuräumen, in die weder Luft noch Sonne dringt. Seit 1906 ist es mit der Wohnungsnot mit geringer Abweichung abwärts gegangen; über 100 Familien sind vorhanden, die in gesundheits-schädlichen Räumen hausen müssen. Der Vorlage stimmen wir rückhaltlos zu und bedauern, nicht mehr bewilligen zu können, weil es an Material mangelt. Das vorhandene hätte man auch besser für Wohnzwecke, statt für Kino- und Fassadenbauten verwendet. Der Redner geht weiter auf das mangelnde Pflichtgefühl wohlhabender Kreise beim freiwilligen Anbieten entbehrlicher Räume ein, welche die hohen Forderungen für möblierte Zimmer und fordert energisches Einschreiten durch den Demobilisationskommissar zur Behebung der Wohnungsnot. Das einfachste Pflichtgefühl müsse zur Hilfe bereit sein. In diesem Sinne zu wirken sei Menschenpflicht und mehr wert, als das viele Kirchenlaufen.

3. Antrag: Wiederherstellung der Häuser Wohnstraße 33 und 37.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

4. Antrag: Ausbesserung des Weges zwischen Siems und Dänitzburg.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

5. Antrag: Verkauf der Bahnhofsfläche in Quenburger.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

6. Antrag: Selbstverbesserung in der Glanzgießerstraße.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

7. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

8. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

9. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

10. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

11. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

12. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

13. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

14. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

15. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

16. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

17. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

18. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

19. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

20. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

21. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

22. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

23. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

24. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

25. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

26. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

27. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

28. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

29. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

30. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

auf die Hinterbeine stellen. Eitliche Gründe sprächen bei einzelnen Ableitungen ebenfalls mit. Das Abkündigungsrecht gegenüber unfaulteren Zwangsvermietern würde heilsam wirken. Redner erklärt auf einen Zuruf, daß er ebenso gegen wirklichen Mietswucher aufträte, wie er früher schon jeden Wucher bekämpft habe. Eine Hauptfrage zur Besserung liege in der Bodenreform, die billiges Land schaffe.

W. Brostius (Dem.) wünscht eine enge Zusammenarbeit mit Melde- und Wohnungsamt, damit der Zugang nicht planlos erfolge. Ohne zwangsweise Belegung von großen Wohnungen werde man aus der Not nicht herauskommen. Rentente Mieter würden auch vom Wohnungsamt nicht geschützt. Zuschüsse für Einzelwohnungsbaue sollte man lieber für Kleinwohnungen verwenden.

H. Klein (Soz.) gibt zu, daß in Schlutup einzelne Räume mit Dosen belegt seien. Dies geschähe aber nicht aus bösem Willen und falle gar nicht ins Gewicht.

W. Brostius (Dem.) erucht, die Bauzuschüsse insbesondere für den Gemeinnützigen Bauverein auszu zahlen und um 254 000 Mk. zu erhöhen, damit die schlechten Wohnungsverhältnisse durch Förderung des Neubaus vom Gemeinnützigen Bauverein weiter behoben werden. Herr Kleinfeld habe nicht zu schwarz gemalt.

Bed. (Soz.) polemisiert gegen Dr. Wittern. In dessen Kreisen herrsche wegen Wohnungsnot allerdings keine Erregung, weil man dort die miserablen Wohnverhältnisse nicht kenne. Es gehe auf die Dauer nicht an, daß viele Elemente notdürftig bei den Eltern und sonstwo untergebracht seien. Das beste sei, die Errichtung von Wohnungen durch den Staat. Wenn die Freiwilligkeit beim Abgeben von Zimmern nicht einschläge, müsse eben der Zwang einlehen. Der moralische Einwand von Dr. Wittern treffe ebenso gut im entgegengesetzten Falle zu. Es sei aber auch her vorzuheben, daß viele Vermieter mit den ihnen zugewiesenen Mietern sehr zufrieden seien. Redner appelliert an das Entgegenkommen der Willensbesitzer und Inhaber großer Wohnungen.

Dr. Klein (Soz.) wendet sich ebenfalls gegen Dr. Wittern, der Mietserschönungen für notwendig erachte und erklärt Mietwucher als ein Verbrechen am Volke. Wenn durch Spekulation Grundstücksverteuerungen eintreten, könnten die Mieter nichts dafür. Wenn eine scharfe Wohnungsdebatte hier eingetreten sei, dann trügen vor allem diejenigen die Schuld, die früher die Mehrheit im Hause hatten und deren Pflicht es war, dafür zu sorgen, daß eine solche Not nicht einziehen konnte. Auf das Volk habe man aber niemals Rücksicht genommen.

W. Brostius (Dem.) stellt ein Ersuchen an den Senat, weitere 254 000 Mark zur Bekämpfung der Wohnungsnot schon jetzt zu bewilligen.

Dieses Ersuchen wird angenommen. Der Senatsantrag ebenfalls.

3. Antrag: Wiederherstellung der Häuser Wohnstraße 33 und 37.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

4. Antrag: Ausbesserung des Weges zwischen Siems und Dänitzburg.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

5. Antrag: Verkauf der Bahnhofsfläche in Quenburger.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

6. Antrag: Selbstverbesserung in der Glanzgießerstraße.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

7. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

8. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

9. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

10. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

11. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

12. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

13. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

14. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

15. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

16. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

17. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

18. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

19. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

20. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

21. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

22. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

23. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

24. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

25. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

26. Antrag: Unterstützung der Witwe des Boten August Gillemeister.
H. Klein (Soz.) glaubt, die Arbeiten hätten unterbleiben können, da eine neuwertige Wegeverbesserung nicht erzielt werde. Man hätte notwendige Arbeiten ausführen sollen.

angestellten erhalten. Die Teuerungszulagen kämen aber zu dem angefallenen Gehalt hinzu.

S. Hermer (Soz.): Das ist doch selbstverständlich, sonst wäre die Dame längst Hungers gestorben. Im übrigen könne man im Volksstaat Senator oder Präsident ohne Prüfung werden, aber festangestellte Lehrerinnen ohne Prüfung nicht. Die Behörde hätte hier längst eine Veränderung schaffen müssen. Übrigens habe man auch hier schon Ausnahmen in den Anstellungen gemacht.

Senator Kulenkamp erklärt, auf Wunsch der Bürgerchaft werde selbstredend Veränderung geschaffen.

Der Senatsantrag wird angenommen.

8. Antrag: Errichtung eines Schuppens für die Unterbringung von Brennstoffen für die Heilanstalt Strednik.
Wird angenommen.

9. Antrag: Gehührentarif des Katasteramtes.
Wird auf Antrag Dr. Neumarkts einer Kommission überwiesen.

10. Antrag: Verlängerung des Hauptfestes St. Jürgen.
Wird angenommen.

11. Antrag: Nachbewilligung für die Baubehörde für das Rechnungsjahr 1918.
Wird angenommen.

12. Antrag: Teuerungszulagen für Beamte und Angestellte.
H. Klein (Soz.) wünscht raschstmögliche Auszahlung der Teuerungszulagen und eine Erhöhung der Zulagen für Pensionäre und Witwen. Durch diese Vorlage trete aber noch keine Gleichstellung der Lübecker Beamten mit den preussischen ein. Die Beamtenchaft sei in ihrer Lebenshaltung sehr tief gesunken. Redner führt einen Fall an, wonach ein Beamter, der bald das 40jährige Dienstjubiläum habe, jetzt einen Stundenlohn von 2,87 Mk. erhalte. Das sei zu wenig. Die Beamten dürften nicht weiter als Stiefkinder des Staates behandelt werden.

Dr. Wittern (Deutschnat.) tritt gleichfalls für die Beamten ein. Die Beamten würden unter den Wagen kommen, wenn man ihnen nicht helfen würde. Sie bildeten das Rückgrat des Staates. Man einmal aufgebaut werde, dann müsse es allezeit und gerecht geübt werden. Redner stellt einen Antrag, wonach die Gehaltsfrage der Beamten geprüft werde, insbesondere auch der höheren Beamten unter Berücksichtigung der Preissteigerung, der Löhne, der Entwertung des Geldes und der langen Ausbildungs- und Warteschleife.

H. Klein (Soz.) hebt hervor, daß die bürgerlichen Fraktionen sich sehr spät für die Befreiung der Beamten erwärmen, und noch im April hätte ein diesbezügliches Ersuchen seines Fraktionskollegen Planthaler von jener Seite nur wenig Unterstützung gefunden. Die Beamtenbeschwerden hätte längst entschieden werden müssen. Die Versammlung in den Zentralkassen habe wohl aufmunternd gewirkt. Die Beamten hätten bewiesen, daß sie ihre Pflicht erkannten und seien nicht gewillt, sich weiter mit leeren Versprechungen abzugeben zu lassen. In der Steuerbehörde seien noch ledige Angestellte, die 172 Mk. monatlich beziehen. Nach Annahme der Senatsvorlage mache die Zulage für Unverheiratete die Stunde 29 Pfg. für Verheiratete 51 Pfg. aus. Das sei mit der Aufbesserung der Beamten nach Berücksichtigung der Vorlage nicht getan. In dem alle drei Fraktionen einig. Redner führt einige Zahlen vor, nach denen die Beamtengehälter in Zukunft auf die Stunde berechnet, schwanken von 1,69 bis 4,18 Mk. Den letzten Gehaltszahl beziehen Lehrer mit Hochschulbildung. Mit aller Energie müsse eine Befreiung der Beamten betrieben werden. Wir als Sozialdemokraten hätten ein großes Interesse, einen tüchtigen Beamtenstand mit jedem Rückgrat zu besitzen, damit die Beamten keinen Beeinträchtigungen unterliegen. An dem Unglück mancher Beamten seien jene Korporationen mitschuldig, die die Beamten nicht emporgelassen hätten. Redner erwartet eine sofortige Auszahlung der Zulagen und Förderung der Beamtenregelung durch die Biraerausschußkommission.

Dr. Wittern (Deutschnat.) erkennt die Tätigkeit der sozialdemokratischen Bürgerauschüßmitglieder für die Beamten an.

Planthaler (Soz.) hebt auf Grund der stenographischen Berichte die Nichtigkeit seiner Behauptungen hervor, daß verdienstlose Beamte schlechter gestellt sind als im Vorjahr. Es wäre Pflicht des Senates gewesen, dessen irrigen Behauptungen richtigzustellen.

Senator Dr. Vermehren erklärt, er hätte, wenn vorher zu Worte gekommen, seine früheren Aussagen richtig gestellt. Detaillierte Berechnungen hätten ihm nicht vorgelegen. Die Teuerungszulagen von 1919 und 1918 würden sich durchweg decken, meistens ergebe sich für 1919 ein beträchtliches Mehr, nur die oberen Beamten, die unverheiratet oder ohne Kinder sind, stellten sich schlechter. Auch beim Aufstellen der Gesamtbüchse ergeben sich erhebliche Mehrbeträge. Gegenüber dem Friedensgehalt seien bei einzelnen Beamten Steigerungen von 187 bis 395 Prozent, je nach der Kinderzahl, zu verzeichnen. Der Senat unterschreibe die Worte über die Beamten, die in der Bürgerchaft gefallen seien, er habe großes Interesse an einer zufriedenen Beamtenschaft, doch

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Segeler.

22. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Sie hatte eine Art, sich mit den jungen Herren zu unterhalten. Daß ihm das Blut ins Gesicht schloß. Er wußte, daß seine Frau kokett war, es hatte ihm sogar gefallen. Aber während er früher glaubte, das sei nur leeres Spiel, bei dem die Männer die Genarrten waren, überkam ihn jetzt oft die Angst, einer dieser Selbsthübel könne sich etwas erlauben, was seine Ehre angreife.

Für Augenblicke fühlte er die ohnmächtige Eifersucht des alten Mannes, zugleich mit der raubenden Wut des Bauern, der am liebsten sofort zum Messer greift.

Doch er hatte keinen Grund zur Eifersucht. In dieser Zeit, wo Anna ganz in ihren gesellschaftlichen Intrigen, in dem Kampf um den ersten Platz aufging, waren alle anderen Gefühle außer der Eitelkeit in ihr erloschen. In dieser Zeit von Vergnügungen, in diesem ermüdenden Laufen von unruhigen Tagen zu geräuschvollen Nächten lag ihre Sinnlichkeit wie betäubt. Schon aus Berechnung, um es mit den andern nicht zu verderben, ließ sie sich mit keinem näher ein.

Ihr bester Freund blieb immer noch Bert. Mit der Zeit war ihr Wohl gegen ihn erloschen — freilich auch ihre Leidenschaft für ihn. Dafür aber wurde er ihr unzertrennlicher Begleiter, der Mitwiler ihrer Geheimnisse, der Berater in allen möglichen Dingen. Seine weibliche Geschmeidigkeit machte ihn wie geschaffen für diese Rolle, und er übte, wenn auch in anderer Weise, eine eben so starke suggestive Macht auf Anna aus wie früher.

Horstmann fand seinen jungen Freund auf die Dauer unbehaglich, lästig, gefährlich. Er sah ihn allzu oft mit Anna zusammen, er hörte seine Namen allzu oft aus ihrem Mund.

Eines Tages im März besuchte Frau Horstmann ihren Mann nach langer Zeit wieder einmal in Düringen, um sich die Brücke anzusehen, die jetzt beinahe fertig war. Bert begleitete sie. Es war eine halbschwarzliche Kletterei auf der lichtenartigen Felsfläche; alle Augenblicke mußte man einen kleinen Sprung machen und sah dann unter sich in schwindelerregender Tiefe das Wasser der Wupper.

Während Horstmann von einem Arbeiter abgerufen wurde, klammerte Anna sich ängstlich an ihren Freund. Als der Ingenieur zurückkam, hörte er, wie sie den Maler duzte.

Im ersten Augenblick ließ er sich nichts merken. Aber nachdem sie in das Wirtshaus eingekehrt waren, wo Anna sich ihr zerstreutes Kleid im Wägen wusch, stellte er sie ernst zur Rede. Sie waren allein im Wohnzimmer des Wirtes. Anna meinte mit dem herabgelassenen Gesicht:

„Was ist denn dabei? Holleber ist doch mein ältester Freund. Da entschlüpfst einem manchmal das „du“. Bist du etwa eifersüchtig?“

„Eifersüchtig nicht. Ich finde es nur unpassend.“
„Aber sie lachte ihm ins Gesicht.“
„Ihr Männer seid wirklich galant. Erst läßt du mich da in Lebensgefahr stehen und läufst wegen irgend einer Bagatelldinge davon, und dann machst du mir noch Vorwürfe. Du sollst mir lieber Mabel und Zwirn besorgen. Mit diesem Ris werde ich ja zum Gespött der Leute.“

Während Anna ihr Kleid stopfte, sahen die beiden Herren in der Gaststube und rauchten schweigend ihre Zigarren. Wörtlich sagte Horstmann:

„Ich möchte Sie doch bitten, Herr Holleber, meine Frau nicht wieder zu duzen.“
„Was? Ich Ihre Frau Gemahlin duzen? Das ist mir ja nicht im Traum eingefallen.“

„Nicht?“
„Ne! Wie sollte ich dazu kommen? Sie müssen sich wohl verhalten haben.“

Einen Augenblick fühlte Horstmann das Verlangen, seinem jungen Freund zu zeigen, wo der Zimmermann das Loch gelassen habe. Aber sich bezwingend, bemerkte er ganz ruhig:

„Anna sagte mir, in der Erinnerung an die Jugendbekanntschaft verprügeln Sie sich manchmal. Da kann ja passieren. Ich finde im Grunde auch nichts dabei. Aber weil andere Leute es mißdeuten könnten, möchte ich Sie bitten, in Zukunft etwas vorsichtiger zu sein.“

Bert hatte keine erste Verwirrung unterdrückt und machte einige gleichgültige Bemerkungen. Gleich darauf trat Anna wieder ein. Sie las auf den Mienen der beiden, daß es eine Auseinandersetzung gegeben hatte, und machte sich nun über die ganze Sache lustig. Damit schien der Vorfall beigelegt.

Aber in Horstmann blieb eine unangenehme Erinnerung zurück. Seine frühere Vertrauensseligkeit war zerstört, er dachte an Holleber von nun an wie an einen Feind, vor dem man sich hüten mußte.

Wenige Wochen später trat ein anderes Ereignis ein, und diesmal brach an dem Geheimnis wirklich ein schweres Gewitter los. Es war gerade der Jahrestag ihrer Hochzeit. Horstmann befand sich im Brautrock, er saß im Gartenzimmer und wartete auf seine Frau. Sie wollten den jour fixe der Frau Oberbürgermeister besuchen. Er wäre an diesem Tage lieber zu Haus geblieben. Doch Anna hatte ihn bereitet, sie müßten doch wenigstens einige Stunden hingehen, sie wollten die ja früh wieder aufbrechen.

Es war ein wunderschöner Apriltagnamittag. Die dunkelrote Sonnenscheibe schwamm in düstigen Wolken. Durch die geöffneten Fenster drang mit der weichen, regenfeuchten Luft der Duft der Hyazinthen herein. In den schwarzen Zweigen eines alten Birnbaumes sah eine Amsel vorlieb und sang ihre schluchzenden Lieder. Das Herz des Mannes hatte sich geweitet. Mergel, Sorge, Werttagsgedanken hatten sich gelöst. Er dachte — in der Erinnerung dieser Augenblicke noch bebend — an den Tag zurück, wo er sein Weib in den Armen gehalten hatte, und wo ihm nach einem Leben voll Plage und Mühsal das wilde, bezaubernde Liebesglück aufgegangen war.

Da brachte der Diener ihm einen Brief. Er sah die aufgedruckte Firma: Bankhaus J. Schöbel. Ohne weiter die Adresse zu betrachten, riß er das Couvert auf. Das Schreiben war an Frau Horstmann gerichtet. Der Bankier ersuchte um Begleichung der längst fälligen Schuld.

In dumpfer Verwirrung las Horstmann den Brief ein paar Male. Was war das? Anna hatte im letzten halben Jahre enorme Summen verbraucht, wie war es möglich, daß sie Schulden hatte?

Er schickte den Diener hinauf mit der Meldung: seine Frau möchte ihn erwarten, er käme sogleich zurück. Dann begab er sich zu dem Bankier. Dieser wußte nur einige Schritte entfernt, am Corneliustplatz. In einer Viertelstunde hatte Horstmann alles erfahren.

Es war ihm, als wenn plötzlich eine dicke Binde von seinen Augen gerissen wäre; er taumelte in diesem neuen Licht, wie ein Blinder, der zum erstenmal sieht. Er hatte geglaubt, die Tochter einer angesehenen, in geordneten Verhältnissen lebenden Frau zu heiraten — und was war die Mutter? Eine vor dem Bankrott stehende Person, mit Schulden überhäuft. In diesem Augenblick kam ihm keine Ehe als eine ungeheure Lüge vor, auf Betrug und Schwindel gegründet.

Frau Horstmann war gerade beim Friseurin gewesen, als der Diener ihr die Meldung brachte. Erstarrt fragte sie, was passiert wäre? Der Diener wußte nur, daß ein Brief gekommen sei, vom Bankhaus Schöbel. Nichts Gutes ahnend wartete Anna schnell ein Regal über und eilte hinunter, um zu sehen, ob der Brief vielleicht noch da lag. Dann rief sie ihre Mutter. Die beiden Frauen beratschlagten aufgeregt mit einander, ohne zu einem Resultat zu kommen. Frau Regierungsrat befand sich in großer Angst; als sie den Ingenieur kommen hörte, zog sie sich schleunigst zurück.

Horstmann war äußerlich ganz ruhig, aber in seinem Innern tobte es desto wilder. Sobald er seine Frau erblickte, warf er ihr den Brief hin: „Erklär mir das!“

Dürfte man die Finanzfrage nicht ausschalten, wenn nicht alles ins Gegenteil umschlagen soll. Den ganzen Beamtenetat sofort zu vermindern, gehe zu weit. Uebrigens werde der Senat sofort nach Bewilligung die Zulage ausbezahlen. Hinsichtlich hätten niemals eine Frage gespielt.

H. Chlens (Soz.) nimmt auf die Aeußerung Kleins Bezug, wonach ein Stundenlohn von 2,87 Mk. zu niedrig sei. Redner erwartet, daß man dieses nicht nur für die Beamten als maßgebend erachte, sondern auch bei den Arbeiterforderungen, für deren Existenzbedingungen man hoffentlich Verständnis zeige.

Dr. Meyer-Lürken (Dem.) wünscht ebenfalls, daß die Kommissionswege zur Beilegung der Streitigkeiten einfindel. Eine Reform des Besoldungsetats könne heute nicht stattfinden, aber es müsse ein Ausgleich gefunden werden. Die Beamtenchaft bedürfe heute einer pekuniären Unterstützung, um auch von den teureren Artikeln ihren Familien etwas auszuführen und die großen Steuern decken zu können.

Planthazer (Soz.) erklärt wiederholt, daß die Behauptung, kein Beamter stehe in diesem Jahre schlechter als im Vorjahre, unwahr sei.

Senator Dr. Vermehren bestreitet dies. Der Senatsantrag wird einstimmig angenommen. Der Antrag von Dr. Wittern wird dem Bürgerausschuß überwiesen.

13. Antrag: Gewährung von Zulagen an geprüfte Beamte. Planthazer stellt folgenden Antrag: Die Bürgerchaft erkläre dem Senat, zu prüfen, ob nicht allen Beamten eine Prüfungszulage zu gewähren sei, wenn sie nach einer bestimmten Wartzeit noch nicht in eine ihrer Prüfung entsprechenden Stelle eingetüt sind.

Timmermann (Soz.) unterstützt diesen Antrag, weil es niederbrütend auf Beamte wirke, wenn sie zu lange auf die höhere Stelle warten müßten und so der Zulage entbehren. Dadurch könnte leicht eine Abwanderung tüchtiger Beamten stattfinden.

Dr. Wittern (Deutschnat.) erklärt die Vorlage habe einen alten Verwaltungsbrauch auf. Dadurch wolle man nicht mehr auf Grund von Prüfung, sondern auf Grund der Anteluna kein Gehalt beziehen. Bei der großen Tragweite sei sorgfältige Prüfung notwendig. Es frage sich, ob der Staat soweit gehen könne.

Der Antrag wird nach dem Kommissionsbericht angenommen. Der Antrag Planthazer wird dem Bürgerausschuß überwiesen.

14. Antrag: Aenderung des Beamtenhinterbliebenengeleges n. v. d. a.

15. Antrag: Erlass eines Nachtrages zum Ausführungsgegesetz zur Grundbuchordnung vom 18. Dezember 1899.

Beide Anträge werden nach unwesentlicher Debatte genehmigt.

16. Antrag: Beihilfe an den Verein zur Fürsorge für Geisteschwache.

Wird angenommen.

17. Antrag: Erlass eines Gesetzes über die Gewährung von Darlehen zur allgemeinen Einführung von Spülalaboren.

Bed (Soz.) gibt den Kommissionsbericht an und verweist auf die Verbesserungen, die die Kommission beschlossen hat. Auf die Bedürftigkeit in Erfüllung der Pflichten sei weitgehende Rücksicht genommen worden.

Die Vorlage wird mit einem Verbesserungsantrag Dr. Witterns angenommen.

18. Antrag: Sicherheitsmaßnahmen im Marzfall und Unterbringungsgesängnis.

Dreger (Soz.) zieht das Strafurteil der Rüdiker Milchpantfcherin an und verweist auf die Beurteilung der Lynchjustiz gegen die Frau durch seine Fraktionskollegen. Das Strafurteil gegen die freitenden Töchter hebe zum vorerwähnten im italienischen Wittern (Jury bei den Soz.: Hoppenstedt) zum Volksempfinden. Im Namen seiner Fraktionskollegen lege er hiergegen Charren Protest ein gegen dieses Strafmaß, das weit über das vom Staatsanwalt beantragte hinausgehe. Das Urteil zeuge von Willkür. Die Zeiten eines Hoppenstedt lasse sich das Volk nicht wieder gefallen. Seine Fraktion werde alle Mittel in Bewegung setzen, um die Freilassung der Töchter zu bewirken.

Hineinzuweisen versuchen, zu befechtigen. (Widerspruch bei den Bürgerlichen.) Was mit diesem Urteil erreicht wurde, hätten Unabhängige und Kommunisten in langer Arbeit nicht erreichen können. Dieser Fall zeige, wie gewisse Leute unsere aufbauende Arbeit zunichte machen. Gegen solche Mächenschaften hebe die Arbeiterschaft fest und geschlossen da. Es sei bezweifelnd, daß man es überhaupt wage, ein solches Urteil zu fällen.

Senator Kulenkamp bedauert die Form des Einspruchs. Den Richtern könne man keinen Vorwurf machen.

Dr. Meyer-Lürken (Dem.) wendet sich gegen den Eingriff in ein schwebendes Gerichtsverfahren. Auch im „Volkshoten“ sei die Tendenz gewesen, eine gewisse Einschüchterung herbeizuführen. Ueber ein schwebendes Strafverfahren soll man nicht beharrlichen. Eines der besten Güter der Rechtsverwaltung sei die Unabhängigkeit und lebenslängliche Anstellung der Richter. Die Richter sprächen im Namen der Allgemeinheit Recht. Es sei an und für sich kein Vergnügen, solche Urteile zu fällen. Der „Volkshote“ habe die Tat nicht gebilligt aber gesagt, daß er sie verstehe. Alles verstehen heiße alles verzeihen, aber in dieser Lage sei das Gericht nicht. Man könne die Tatsache nicht bestreiten, daß der betroffene Arbeitswille schwere nervöse Störungen davongetragen habe. Das Gericht habe reichlich überlegt, ob nicht der Aufzuchtparagraph angewandt werden sollte, und dann wäre bei milderen Umständen 6 Monate die Mindeststrafe gewesen. Das Strafgericht habe das Gericht nicht angefaßt, aber auch der Senat der Arbeit müsse Gemäßheit sein. Redner bedauert es, daß Mitglieder einer Partei, die an den Regierungsgeschäften teilnehmen in das Verfahren eingreifen. Die gebrauchten Ausdrücke seien unehrer, er wolle sie aufs Schärfste zurück. Die Richter hätten nur pflichtgemäß gehandelt.

Dr. Wittern (Deutschnat.) erklärt, es widerspreche allen parlamentarischen Gesinnungen, in ein schwebendes Gerichtsverfahren einzugreifen. Erörterungen, wie sie heute vorgekommen seien, erschütterten die Rechtsgrundlagen unseres Staates. Unter Richterhand sei unbeständig und in jeder. Daß das Urteil manchmal anders ausfalle als man wünsche, erfahre man ja täglich.

Hani (Soz.): Es ist nicht das erste Mal, daß sich die Lübecker Bürgerchaft mit einem solchen Urteil befähigt und auch nicht das erste Mal, daß Lübecks Arbeiterschaft durch denartigen Eingriff erregt wird. Wenn wir gegen das übernommene alte System aufstehen, dann versuchen wir keine Einschüchterungen, sondern verfolgen lediglich das Recht der Kritik. Wenn das Urteil auch noch nicht rechtskräftig ist, so besteht doch wenig Aussicht, daran etwas zu ändern. Das bedauerliche Urteil beweist, daß das Parlament beim Strafgericht mehr Einspruch haben muß. Dann ist ein solcher Spruch unmöglich. Durch dieses Urteil wird die Grundlage des Staates mehr erschüttert als durch die Kritik. Das Gericht hat sich nicht in die Idee der Täter hineinverleihen können. Gewiß müßten die Leute bestraft werden, doch sollte das Strafmaß verhältnismäßig sein. Wo harte Urteile vermieden werden können, sollte man es tun. Die Leute haben nicht aus schlechtem Mitleid heraus gehandelt. Das Anzeigende liegt in dem Bedauern des Gerichts, daß der Staatsanwalt keine höhere Strafe beantragt hat. Die Richter müßten sich selbst hinter Kerkermauern setzen, um zu begreifen, wie die Strafe wirkt.

Dreger (Soz.) betont, es handele sich hier nicht um einen Einschüchterungsversuch, sondern darum, die Stimmung der Arbeiterschaft in der gesetzgebenden Körperschaft vorzubringen. Er bedauert, daß das Urteil in keinem Verhältnis zu Erkenntnissen gegen Schieber und Wucherer stehe. Die Leute hätten nur großen Aufzug begangen. Redner erinnert an den früheren Herzogtum, wo die Berufscollegen mit weit stärkeren Mitteln geahndigt worden seien. Die beiden Richter, die hier gesprochen haben, hätten sich so leicht für und auf die geringe Revisionsmöglichkeit hingewiesen können. Wie man sogar noch Landfriedensbruch mit dieser Tat in Verbindung bringen könne, sei ganz unbegreiflich. Dieses Urteil müße entzogen und zurückgewiesen werden.

Der Vorsitzende nimmt an, der Korredner habe nicht etwa andeuten wollen, daß die beiden Bürgerchaftsmitglieder unerschrocken verfolgt hätten. Andernfalls wolle er Dreger einen Ordnungsmaß erreichen.

Planthazer (Soz.) zieht einen Vergleich mit dem Streikvergehen und dem der angezogenen Milchpantfcherin. Hier liege eine Schädigung von vielen Kindern vor, dort nur vielleicht die eines einzelnen.

Ambrösius (Dem.) erklärt als Zeuge des Vorfalls, daß die Redner die Sache zu milde beurteilt hätten. Mit großem Unmut sei es nicht zu vereinbaren gewesen. Streiks müßten auf legalere Art durchgeführt werden.

Dr. Meyer-Lürken (Dem.) verteidigt wiederholt die Rechtsprechung und erklärt, die Richter hätten das redliche Bestreben, gerecht zu urteilen. Blutenden Herzens hätten auch gegen Beamte schwere Urteile gefällt werden müssen. Das Streikrecht werde nicht angefaßt, aber gegen Streikterrorismus müsse man vorgehen. Man müße sich in die Lage des Geschädigten versetzen.

Wolff Kleinseld (Soz.) erklärt, seine Freunde hätten die Tat durchaus nicht, aber man müsse sich auch in das Empfinden der Täter versetzen.

A. Puls (Soz.) fragt, ob durch die Polizeitruppen Polizeiwächter arbeitslos geworden seien.

Senator Mehrlein erklärt, die Hilfswächter seien in militärischer Kündigungsangelegenheit worden. Auf Anordnung des Reiches müßten Gebäude, wo wichtige Werte liegen, an denen auch das Reich beteiligt ist, wie z. B. das Rathaus, von militärisch geschulten Truppen besetzt werden. Da die Sicherheitspolizei erst am 1. November den Schutz übernimmt, müßten solch eine Reichswächtertruppen die Wache ausüben. Die Hilfswächter würden zu anderen Arbeiten herangezogen, sie können auch jederzeit, sofern sie gesund und unbedrückt sind, in die Sicherheitspolizei übertreten. In Einzelfällen ist dies bereits geschehen.

Die Vorlage wird abgelehnt.

19. Antrag: Schaffung weiterer Notstandsarbeiten. Wird mit einem Zusatzantrag Henk (Deutschnat.), der weitere zweckmäßige Notstandsarbeiten vorseht, angenommen.

20. Antrag: Gewährung eines Staatszuschusses an die Kranken- und Sterbekasse des Polizeiamtes usw.

Scheithner (Dem.) regt an, sämtliche Krankenkassen Lübecks zusammenzuschließen. Es würde dadurch manche Arbeitskraft gespart und der Arbeiterschaft wäre mehr geholfen.

Senator Mehrlein verweist auf den Unterschied der Krankenkassen bei den Staatsbetrieben. Das Gros der Beamten sei nicht an der Kasse interessiert, da sie kein Krankengeld bekämen.

W. Kleinseld bringt Ungerechtigkeiten zwischen den Krankenkassen einzelner Behörden zur Sprache.

21. Antrag: Erhöhung des Gehalts des Polizeiarztes. Ambrösius (Dem.) vertritt die Ansicht der weiteren Einnahmen des Polizeiarztes und hofft energisches Einschreiten gegen rasende Autos und deren stinkende Gase.

Senator Mehrlein betont, daß man sich mangels Benzins oder Benzols mit dem heutigen Gasauspuff abfinden müsse. Der Senatsantrag wird angenommen.

22. Antrag: Instandsetz von Landflächen mit dem Erbpächter Georg Trakert in Mienhüben.

23. Antrag: Entlohnung von Landflächen für den Ausbau der vierten Querstraße von der Schwarzer Mühle bis zum öffentlichen Fischplatz auf dem Bormerker Industriegelände.

24. Antrag: Errichtung von Wohnungen im Hause Israelsdorfer Allee Nr. 49.

25. Antrag: Nachbewilligung von 21 023,59 Mk. auf eine dem Lübecker gemeinnützigen Bauverein bewilligte Bauprämie.

26. Antrag: Verhärterung der Mittel der Fortsovermaltung für das Wirtschaftsjahr 1919.

Die Vorlagen werden genehmigt. Beim letzten Antrag bringt Reissner (Soz.) eine notwendige Wegverbesserung bei Moisina zur Sprache.

Schluß gegen 11 Uhr.

Gewerkschaften und Arbeitsgemeinschaften

Seitdem der Bruderstreit auch in den Gewerkschaften Platz gegriffen hat, wird von seiten der Opposition lebhaft gegen die im November 1918 abgeschlossenen Arbeitsgemeinschaften Sturm gelaufen. Man bezeichnet sie glattweg als ein Mittel zur Abschleifung des Klassenkampfes und ihre Urheber als „Verräter an der Arbeiterklasse“. Das Ziel der Gewerkschaften ist, die soziale Revolution vorzubereiten und durchzuführen. Auf dem Wege der Gewalt ist das aber, wie die Beispiele Rußland und Ungarn zeigen, nicht möglich. Nur auf dem Wege der Verständigung kann die Entwicklung planmäßig und zum Wohle der Arbeiterschaft gefördert werden.

In den Arbeitsgemeinschaften sitzen Unternehmer und Arbeiter in paritätisch zusammengesetzten Kommissionen, um über die Arbeits- und Lohnbedingungen sowie über alle anderen die Produktion betreffenden Fragen zu beraten. Diese Politik ist die gradlinige Fortsetzung der von den deutschen Gewerkschaften seit Jahrzehnten verfolgten Tarifpolitik. Es kann nicht geleugnet werden, daß sie der Arbeiterschaft großen Nutzen gebracht hat, wenn auch einige kleine Nachteile mit in Kauf zu nehmen waren. In der Hauptsache aber ist der Arbeiter doch vor irgendwelchen willkürlichen Maßnahmen des Unternehmers geschützt.

Die Gegner der Arbeitsgemeinschaft, unsere unentwegten Revolutionäre, erblicken wie gesagt, „Arbeiterverrat“ und eine Abschleifung des Klassenkampfes in diesen Arbeitsgemeinschaften. Sie wollen „ganze Arbeit“ machen und den Kapitalismus mit einem Schlag vernichten. Wie sie das erreichen wollen, wissen sie selbst noch nicht genau, aber sie hoffen, es zu schaffen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat auf seiner letzten Generalversammlung die Arbeitsgemeinschaften abgelehnt und einen revolutionären Industrieverband gefordert. Was wird nun die Folge sein, wenn dieser Beschluß in die Wirklichkeit umgesetzt wird? Auch die radikalsten Gewerkschaftsführer müssen mit den Unternehmern verhandeln, wenn sie ihre Forderungen durchsetzen wollen. Die den Arbeitsgemeinschaften angeschlossenen Unternehmerverbände werden selbstverständlich nur mit den Arbeiterorganisationen verhandeln, die mit ihnen den Vertrag abgeschlossen haben. Man wird also, wenn man auf Arbeiterseite die Arbeitsgemeinschaften ablehnt, und die Unternehmer darum nicht verhandeln wollen, zum Streik greifen. Der Streik ist heute aber in den meisten Fällen nichts weniger als eine für den Unternehmer unerwünschte Tatsache. Die Kriegsgewinne haben gerade die Metallindustriellen in den Stand gesetzt, einen Streik ausfallen zu können. Auf der anderen Seite aber sind die Arbeiter infolge der ewigen Generallisterei so freimüde, daß sie sehr bald über die Köpfe der Führer hinweg betriebsweise mit den Unternehmern verhandeln werden. Ob das für die Feinde der Arbeitsgemeinschaft und vor allen Dingen für unsere Gewerkschaften nützlich ist, erscheint sehr fraglich, denn auf diese Weise arbeitet man den kommunistischen Betriebsorganisationen nicht unbedenklich vor.

Da der Deutsche Gewerkschaftsbund sich laut Beschluß des letzten Gewerkschaftstages auf den Boden der Arbeitsgemeinschaft gestellt hat, bedeutet ihre Ablehnung durch eine einzelne Organisation obendrein eine ernste Gefahr für die Geschlossenheit der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung. Das sollten vor allem diejenigen bedenken, die die Arbeitsgemeinschaften durch etwas ablehnen wollen, zudem sie selbst noch kein richtiges Vertrauen haben.

Welche Landwirte haben ihre Ablieferungsspflicht erfüllt?

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Die wissenschaftlich betriebene Statistik ist das Gewissen der Volkswirtschaft. Es wirkt sich zum öffentlichen Nutzen aus, und so rechnet heute die Statistische Abteilung der Reichsgetreidestelle (R. G.) mit der Ablieferungsleistung der Landwirtschaft 1917/18 in einem umfangreichen Tabellenwert ab, um festzustellen, wie die einzelner Betriebsgrößenklassen (Zwerg- und Kleinbesitz, Mittelbesitz, Großgrundbesitz) in der Erfassung der Ernte und der Ablieferung der Pflichtmengen ihre Schuldigkeit getan haben.

Das Tabellenwert gliedert die 691 Kommunal- und Verbandsverbände in 7 große Gruppen. Zur ersten gehören die Verbände mit ganz überwiegend Kleinbesitz (null bis fünf Hektar), wo diese Besitzform 66 bis 100 Prozent der gesamten Fläche ausmacht; zur zweiten die Verbände, wo der Kleinbesitz 50 bis 66 Prozent umfaßt, jedoch zur dritten jene Verbände gehört sind, in denen der Kleinbesitz nur noch mit 2 bis 5 Prozent auftritt, wo also der Mittel- und vor allem der Großgrundbesitz maßgebend ist. Je höher also die Gruppenzahl, desto verschwindender der Kleinbesitz.

Nach Auswertung der ganz kleinen Verbände ergibt sich dann, daß die Gruppen 3 und 4 (vorwiegend Mittelbesitz) in der Ablieferung günstiger dastehen als 5, 6 und 7. Es lieferten über 90 Prozent ihrer Schuld ab: in Gruppe 4 29 Prozent sämtlicher Verbände, in Gruppe 5 24 Prozent, in Gruppe 6 15 Prozent und in Gruppe 7 gar nur 14 Prozent — die Verbände mit größerem Grundbesitz also verhältnismäßig am wenigsten.

Auch nach einer noch schärferen Sichtung der Verbände ergibt sich, daß gerade der „übermäßige“ Großbesitz mit nur 20 Prozent Ablieferung gegen 28 Prozent sämtlicher Verbände weit zurückbleibt. In die öffentliche Hand über 90 Prozent der Ernte zu bekommen, ist in Gruppe 3 und 4 bei 57 bis 58 Prozent der Verbände gelungen. In Gruppe 7 aber nur bei 34 Prozent und in 6 nur bei zwei Prozent. Also auch hier haben die Verbände mit überwiegend größeren Besitzklassen auffallend versagt.

Um Einwendungen gegen die Gruppierungsmethode zu begegnen, wurde noch eine andere Gruppierung vorgenommen: Gruppe A umfassend den Kleinbesitz der Gruppen 1 bis 3, Gruppe B umfassend die Gruppen 4 bis 6, jedoch ohne die Kreise mit ausgesprochenem Großbesitz, also Mittelbesitz im eigentlichen Sinne, Gruppe C die Verbände, in denen der Großgrundbesitz über 100 Hektar allein mehr als ein Drittel der Gesamtläche einnimmt. Dann ergibt sich, daß mehr als 90 Prozent der Ernte erfasst wurden bei Gruppe A (Kleinbesitz) in der Hälfte aller Kreise, bei Gruppe B (Mittelbesitz) noch in 47 Prozent aller Kreise. Dagegen in Gruppe C (Großgrundbesitz) in noch nicht einem Drittel aller Kreise, nämlich nur in 32 Prozent. Das dürfte wohl ein überraschendes Ergebnis sein.

Die amtliche Statistik geht auch den Gründen dieser Erscheinung nach. Von einer so hohen Ernteschätzung kann, wie gesagt, keine Rede sein. Der wahre Grund der Erscheinung liegt nur in der allgemein unwirksamen Kontrolle der Wirtschaftsführung der Großbetriebe gegenüber der schärferen und wirksameren Kontrolle in den Mittel- und Kleinbetrieben. Der statistische Kritiker kommt dabei auf die drei jede geordnete Getreidebewirtschaftung gehörenden Faktoren: Schleichhandel, Grenzschmuggel und übermäßige Befruchtung zu sprechen. Es wurden durch die Einkaufsstellen der R. G. 90 ausgesprochene Schleichhandelskreise festgestellt, und davon entfielen auf die Kleinbesitzkreise 9 Prozent, auf den Mittelbesitz 11 Prozent, auf den Großgrundbesitzer aber nicht weniger als 24 Prozent. Das ist eine „Mare“ Feststellung, wie der Statistiker lakonisch bemerkt.

Diese „schlechten Kreise“ sind ein Krebsgeschwür für unsere Ernährungswirtschaft. Von ihnen haben 41 Prozent noch nicht einmal 80 Prozent der Ernte erfasst, während ein so schlechtes Ergebnis in den übrigen Kreisen nur bei 21 Prozent vorlag. Bei den besseren Kreisen ist es 40 Prozent gelungen, mehr als 90 Prozent der Ernte zu erfassen, von den schlechten Kreisen gelang dies nur 18 Prozent.

Dem Statistiker ist nicht unbekannt, daß in neuerer Zeit vereinzelt Kreisstatistiken veröffentlicht worden sind, nach welchen die Ablieferung der Großgüter die des kleineren Besitzes überlegen soll. Ob derartige Statistiken einwandfrei nach den Grundsätzen der wissenschaftlichen Statistik bearbeitet sind, war ihm nicht bekannt. Die Feststellung mag hier und da zutreffen, wenn die Kreise besonders streng verwaltet worden sind. Aber der aus dem Tabellenwert der R. G. gewonnene Eindruck, ist im einzelnen wie im ganzen so stark, daß der Bearbeiter dieser Zahlen zu folgenden Sätzen gelangt:

„Die gefundenen Tatsachen genügen vollkommen zur Beantwortung der während des Krieges oft gestellten und ebenso oft falsch beantworteten Frage: welche landwirtschaftlichen Kreise haben in den Mästen des Krieges ihre Pflicht gegen die Allgemeinheit am stärksten vernachlässigt? Wir haben versucht, abseits von allem verwirrenden Parteihader lediglich auf Grund einwandfreier Zahlen eine Antwort auf diese Frage zu finden.“

Die Antwort lautet: vernachlässigt für den Großgrundbesitz. Die Großgrundbesitzer haben während des Krieges das deutsche Volk am brutalsten ausgehungert. Die Statistik der R. G. ist ein Todesurteil für den deutschen Großgrundbesitz.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

100 000 Exemplare. In dieser Auflage erscheint die neueste Nummer des Organs des Zentralverbandes der Maschinen- und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands, Reaktion und Verbandsvorstand seien im „Maschinen- und Heizer“ diesen Äußerungen der Organisation und ersuchen die Mitglieder, sie in ihrem Bestreben, den Berufsgenossen zu dienen, in verstärktem Maße durch ihre Mitarbeit zu unterstützen.

Reich und Ausland.

Wassereintritt auf der Franzgrube. Infolge einer Erderschütterung drangen Sonntag nachmittags gewaltige Wassermassen, die auf etwa 40 000 Kubikmeter geschätzt werden, in die Franzgrube bei Rude (Oberstf.), zerstörten die Wasserhaltungsmaschinen und legten dadurch den Betrieb still. Das Bedienungspersonal der Maschinen konnte sich nur mit knapper Not retten. Die Grube erlidet durch den Wassereintritt einen ungeheuren Schaden und wird wahrscheinlich nicht vor einem halben Jahre wieder in Betrieb genommen werden können.

Ein großer Eisenbahn Diebstahl. Unmittelbar vor Abfahrt des D-Zuges in Frankfurt a. M. wurden Sonntag früh 7 Uhr 20 Min. einer Hauptmannsfrau aus Berlin, die sich nur kurze Zeit aus dem Abteil entfernt hatte, von einer Mitreisenden eine Handtasche mit Schmuckstücken, Uhren und anderen Wertgegenständen im Werte von 200 000 Mark gestohlen.

Erdbeben in Italien. Die Provinzen Umbrien und Toscana wurden in der Nacht zum Sonntag durch ein neues Erdbeben in Aufregung versetzt, das aber lediglich Gebäudeschaden verursachte. Besonders heftig waren die Stöße in Citta di Castellana, Terontola, Perugia, wo die Bevölkerung, von Panik ergriffen, die Häuser verließ und den Tag auf den öffentlichen Plätzen verbrachte.